

danziger Wandtes 90 Zeitung

Westpreußisches Volksblatt

Bezugspreis: Durch Aussträger oder Zweigstellen monatl. 2.50 Dm., durch die Post im Freistaat und Deutschland 3.00 Dm., nach Pommerellen durch Träger 4.00, durch die Post 4.25 Dm., nach Polen unter Kreisband 8.25 Dm., Einzelkreis 1.15 Dm., kam. 0.25 Dm. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezieher od. Inhaber keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang verhinder oder nicht erscheint. Umlauf, Manuskript, werden nicht zurückgesandt. Herausgeber: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 96 und 247 97, Hauptgeschäftsleitung: 248 97.

Anzeigen für den Freistaat Danzig
Pommerellen und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: "Kreis und Krone", "Literatur, Kunst und Wissenschaft", "Der Rechtsfreund", "Heimatländer", "Die Welt der Frau", "Kinderzeitung", "Wochenend und Ferien".

Anzeigepreise und -bedingungen: Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigeteil 10 Pf. im Kleinformat (39 mm breit) 50 Pf. Auslandspreise: Beilagen und Abdrucke nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Plakat- u. Terminvorwörter sowie telegraphische Befehlungen und Übereinstimmungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Ein Beileger infolge undeutlicher Manuskripts oder der Aufgabe keine Gewähr. Bei verzögter Zahlung, Konturen, Vergleichen und gerad. Beiträge keine Rabatt. Gerichtsstand Danzig. Telegr. Adresse: Landessitzung Danzig.

Große Polizeiaktion gegen die Deutschnationalen Kampforganisationen im ganzen Reich

Überall Haussuchungen und Beschlagnahmen bei den Führern — Es sollen zu viel Kommunisten und Sozialisten aufgenommen worden sein — Vorgehen auch gegen Jungdo, Bismarckbund, Wehrwolf und Deutschvölkische. Hunderte von Verhafteten — Der Stahlhelm der NSDAP eingegliedert — Beschränkung der Deutschnationalen.

WTB. Berlin, 21. Juni. Der Amtliche Preußische Presse-dienst teilt mit: Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes hat der preußische Minister des Innern die Kampftruppe der Deutschnationalen Front (früher Deutschnationale Kampfstaffeln) einschließlich sämtlicher Formationen, sowie die im Bismarckbund zusammengeschlossenen Jugendgruppen im ganzen Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil die angestellten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente in größtem Umfang Aufnahme in die Formationen der Kampftruppe gefunden haben. Die Kampftruppe bildeten bei dieser Sachlage eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffene Maßnahme war deshalb zur Abwehr der von diesen zerstörten Organisationen für die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden drohenden Gefahren notwendig.

WTB. Berlin, 21. Juni. Eine Abteilung der Hundertschaft z. B. befehlt heute vormittag das Stabellheim VI des Kampftrupps der Deutschnationalen. Schriftstücke wurden beschlagnahmt, sieben Angehörige des Kampftrupps in Schubhaft genommen und verschiedene Schuhzäune beschlagnahmt. Das Heim wurde polizeilich geschlossen.

Neues in Kürze

Reichsminister Hugenberg wurde gestern abend vom Reichskanzler zu einer Ansprache empfangen. Der Empfang steht im Zusammenhang mit den Londoner Verhandlungen und den gestrigen Maßnahmen gegen die Deutschnationalen im ganzen Reich. Hierbei sind diese Maßnahmen erörtert worden, deren Notwendigkeit der Reichskanzler im einzelnen begründete.

Reichsausnenminister Freiherr v. Neurath ist gestern nachmittag aus London abgereist. Bei der Abfahrt kam es am Bahnhof zu belanglosen kommunistischen Demonstrationen.

Wie er jetzt bekannt wird, ist der frühere Berliner und spätere Darmstädter Polizeipräsident Zörgiebel, der nach seiner Abreise in Köln wohnte, vor etwa 14 Tagen verhaftet, aber nach 24 Stunden wieder freigelassen worden.

Mit Rücksicht auf die Umgestaltung der Kirchenleitung bei den kommenden Verfassungsrevisionen hat der Kirchenrat der Altpreußischen Kirche beschlossen, die Stelle des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates bis auf weiteres nicht zu befreien. Die Präsidentenstelle soll bis auf weiteres kommissarisch durch den rheinischen Generalsuperintendenten Dr. Stoltenhoff vermauert werden.

Das österreichische Bundesnaueraamt hat den "Völkischen Beobachter", Münchener Ausgabe, in Österreich für drei Monate verboten. Der gestern zum ersten Male erschienene Wiener Zeitung "Nachtzeit" wurde die Verbreitung durch Strafverfahren auf drei Monate verboten.

Auf briefliche Anzeige eines vor kurzem nach Amerika ausgewanderten Kommunisten nahm ein Kommando der NSDAP, auf einem Grundstück in Brünlos (Sachsen) eine Durchsuchung vor. Unter einer dünnen Rattenhaut versteckt wurden ein halber Zentner Dynamit, 18 Gasrohre mit Dynamit gefüllt und mit Zündschnur versehen sowie eine Bombe mit Zündschnur gefunden.

In einem Waldhause bei Kowno fanden, wie das "Märkische Dampfboot" meldet, drei Kinder eines Landwirtes, ein Mädchen und zwei Knaben im Alter von 7—12 Jahren, beim Zappensammeln eine anscheinend aus der Kriegszeit stammende Granate, an der sie ahnungslos herumhantierten. Plötzlich explodierte das Geschöp. Die drei Kinder wurden buchstäblich in Stücke gerissen.

Das frühere kommunistische Waldheim bei Eßlingen wurde Dienstag abend durch Kommunisten niedergebrannt. Es sollten Stuttgarter Ferienkinder zur Erholung in das Heim gebracht werden. Die Polizei hat eine umfassende Aktion gegen die Kommunisten unternommen. 70 Personen wurden festgenommen.

Zwischen Radomir und Dupnica (Bulgarien) ist gestern früh ein Zug, der Straßenarbeiter beförderte, in einem Tunnel mit einer Kipplade zusammengestoßen. Der Zug entgleiste. Fünf Arbeiter wurden getötet, 13 schwer verletzt.

Nach einer Mitteilung der bulgarischen Regierung ist das Transsibirische Flugzeug der spanischen Flieger Barberan und Collart bei dem Dorfe Apizaco gefunden worden. Einer der Flieger ist tot, der andere verletzt. Die Nachricht, daß die Landung glücklich vollzogen werden könnte, hat sich leider nicht bestätigt.

Die polnische Regierung plant einen erneuten Abbau der Beamtengehälter, der durch Aufhebung sämtlicher bisherigen Zuschlüsse zum Grundgehalt herbeigeführt werden soll. Die Gehälter sollen für verheiratete und alleinstehende Beamte in verschiedener Höhe geziert werden.

Das Kampfstaffelheim I, das älteste Groß-Berlins, wurde von SA-Leuten besetzt und polizeilich geschlossen. Bei der Durchsuchung fand man drei Gewehre Modell 98. Insgesamt 40 Personen wurden festgenommen.

In Hannover wurden bei den deutschnationalen Kampfstaffeln Haussuchungen vorgenommen.

Im Görlitz wurde bei der hiesigen Geschäftsstelle des Deutschnationalen Kampftrupps eine Haussuchung vorgenommen. Listen des Kampftrupps und Material über die deutsche Arbeiterbewegung und Unionsstädte wurden beschlagnahmt.

In Rottweil ist auf Veranlassung des Staatspolizeiamtes der Deutschnationalen Kampftrupps aufgelöst worden.

Zu dem Verbot der Kampftruppe der Deutschnationalen Front (Kampfstaffeln) und der Bismarck-Jugend verbreitet der Conti-Dienst folgendes:

Das Verbot ist durch das Geheime Staatspolizeiamt in Verbindung mit besonderen Bereitschaften der Schutzpolizei bis zum gestrigen Abend in ganz Preußen durchgeführt worden. Der preußische Ministerpräsident hat sich umso mehr zu dieser Maßnahme veranlaßt, als die Führung der Kampfstaffeln eine unglaubliche Rücksichtslosigkeit angeholt ist in loyaler Weise befanngezeigten Materials an den Tag gelegt und eine Ablösung der unerträglichen Zulände nicht in Angriff genommen hat. Aus den vom Geheimen Staatspolizeiamt beschlagnahmten Material wird in immer stärkerem Maße erwartet, daß die Kampfstaffeln bis zu 70 Prozent kommunistisch und marxistisch durchsetzt sind. Die Durchsicht der Mitgliederlisten hat ergeben, daß nicht nur die einfachen Mitglieder der marxistischen Organisationen, sondern auch die Funktionäre in die Kampfstaffeln übergetreten und dort ihre staatsfeindliche und zerstörende Tätigkeit volllauf weiter durchgeführt haben. Auch Elemente, die aus der SA und anderen nationalen Wehrverbänden wegen verdächtiger Gewinnung und anderer Umstände ausgeschlossen wurden, sind in die Kampfstaffeln an führende Stelle aufgenommen

Ein ganz besonderer Typ innerhalb der Kampfstaffeln ist der sog. NS-Mann Bödau aus Berlin. Dieser Führer ist 20 mal in den letzten zehn Jahren vorbestraft, darunter wegen Diebstahls, zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechens, wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses usw., ferner sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre abgesprochen. Im Bezirk des Polizeireviers 89 sind von 13 NS-Leuten acht als marxistische kriminelle Verbrecher festgestellt worden. In zahlreichen Kampfstaffeln wurden prominente Mitglieder der Berliner Ringvereine festgestellt.

Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß diese ganzen Verbrecher nicht nur den Kampfstaffeln, sondern darüber hinaus aus organisatorisch der Deutschnationalen Front angehören. Das erschwert die Lage außerordentlich, denn auch die Deutschnationale Front müßte also nach den von zuständiger Stelle gemachten Angaben von diesen Leuten geräumt werden. Die Gesamtstärke der Kampfstaffeln betrug in Berlin

etwa 3000, davon sind 2000 bis zum Februar aktiv in marxistischem Lager tätig gewesen. Sie sind nur nach eigener Aussage aus dem Grunde in die Kampftruppe eingetreten, um ihre staatsfeindlichen Pläne durchzuführen. Die kommunistischen Elemente haben es verstanden, sich bis in die obersten Führerstellen der Kampfstaffeln hineinzumövieren. Der Führer der Stabskampfstaffel Schuster ist ein ehemals bekannter Notarist, er ist früher Führer der Roten Volksmarine gewesen. Ein anderer Führer einer Sonderstaffel, Dietrich, gehörte der Fremdenlegion an, ein Merkmal, das man sehr viel bei Kampfstaffelleuten hat feststellen können.

Vernehmung des Reichskampftruppführers von Bismarck

WTB. Berlin, 21. Juni. Der Reichskampftruppführer der Deutschnationalen Front, von Bismarck, der noch vor fünf Wochen Staatssekretär im Preußischen Inneministerium war, ist heute zu einer Vernehmung in das Staatspolizeiamt geladen und von der SA dorthin geleitet worden.

Er wurde dann einer eingehenden Vernehmung unterzogen, die noch nicht abgeschlossen ist. In der Vernehmung äußerte er immer wieder, daß er keine Ahnung gehabt habe, wie die Zustände tatsächlich in den Kampfstaffeln gewesen seien.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Neber 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppführer und mehrere 100 Kommunisten in Berlin verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Berlin sind im Laufe des heutigen Vormittags schon weit über 100 deutschnationale Kampftruppführer festgenommen worden. Ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gestellt hatten, ebenfalls der Staatspolizei zugeführt. Unter den festgenommenen Führern befindet sich u. a. der Chefredakteur Hugenberg, ein Verwandter des Reichsministers Hugenberg.

Über 100 Kampftruppf

Die Vernichtung jedes Eigentums gerichtete Bewegung unterstützen.

Von Anfang an steht der Fremde bei seinen Studien der Materie auf Tatfachen, die für ihn unverständlich erscheinen. Er hat auch Recht, sobald er dabei die westeuropäischen Verhältnisse für seine Beurteilung als Grundlage nimmt.

In Russland sind diese Verhältnisse wesentlich anders gewesen. Wenn wir unter dem Bauern einen kleinen Landeigenümer verstehen, der seinen Grund und Boden mit eigener Hand bearbeitet und mit ihm nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innerlich auf Gedeih und Verderb verbunden ist, so entspricht das nicht ganz dem, was in Russland unter dem Begriff „Bauer“ verstanden werden muß.

Nicht etwa, weil der russische Bauer aus einem anderen Holze ist. Ebenso wie der deutsche Bauer, sobald er Jahrhunderte auf seiner Scholle, ebenso wie der deutsche Bauer ist er in seinem ganzen Wesen ein ausgesprochener Eigentümer, und „das Land“ war für ihn von jeher das, worauf sein ganzes Denken und Tun gerichtet war, und ohne welches seine Existenz auch für ihn selbst heimlich unvorstellbar ist.

Aber es gab auch einen Unterschied und sogar einen ganz gewaltigen: Ein russischer Bauer war nie ein wirtschaftlicher Eigentümer seines Landes!

Die paar Jahre vor dem Kriege, als seine persönlichen Rechte auf sein Land endlich anerkannt wurden, sind eine zu kurze Zeitspanne, um in dieser Hinsicht in Betracht gezogen werden.

Vor dem Jahre 1861 gehörte dem Gutsherr nicht nur das Land, auf dem der Bauer arbeitete, sondern auch der Bauer selbst. Da konnte man überhaupt schwerlich über sein Eigentum sprechen!

Nach dem Jahre 1861 gehörte das den Bauern überlassene Land der Dorfkomune. Jeder Bauer war zwar ein vollberechtigtes Mitglied dieser Komune, aber doch hatte er persönlich nur die Rechte eines Nutzniehers. Die Verfügungsberechte standen nur der Dorfkomune zu. Und das waren durchaus keine Rechte, die nur auf dem Papier standen!

Die Dorfcommunen haben nicht selten von diesem Recht Gebrauch gemacht und unter ihren Mitgliedern neue Landteilungen vorgenommen. Die Gemeinschaft der zu der Dorfcommune gehörenden Bauern entschied darüber durch Stimmenmehrheit. Es war auch sonst üblich, von Zeit zu Zeit die Grenzen der Besitzungen zu verschieben. Das ausschließliche Erbrecht des ältesten Sohnes auf das Land kannte das russische Bauernrecht nicht. Wiesen und Wälder oder Gewässer waren in gemeinsamer Nutzung des Dorfes. So war es in Wirklichkeit mit dem baulichen „Eigentumsrecht“ in Russland bestellt!

Die Ursachen einer solchen Ordnung lagen in den Befreiungsbestimmungen selbst: Die persönliche Freiheit wurde sofort und ohne Vorbehalt erklärt. Jedoch das Eigentumsrecht auf das Land wurde nur Gutsherrn zugesprochen. Die Bauern hatten das Recht, das Land von ihnen loszu kaufen. Die Gutsbesitzer ihrerseits waren verpflichtet, den Bauern das nötige Land zu verkaufen. Da aber die Bauern kein Geld hatten, übernahm diese Operation das Reich und hat die Gutsbesitzer in dieser Hinsicht bestiebt. Das Bauernrecht aber blieb seine Kaufsummen dem Staat schuldig, und der Staat hat ihm die Bezahlung seiner Schulden gestundet und auf 49 Jahre verteilt. Da es nicht vorauszusehen war, wie die einzelnen Bauern mit ihrer neuen Lage fertig werden würden, wurde das Verfügungsberecht auf das Land den Dorfcommunen überlassen, die dem Reich gegenüber für das volle Kaufgeld mit ihrem Eigentum hafteten.

Als Übergangsmaßnahme bei der Aufhebung der Leibeigenschaft und Schaffung einer neuen Ordnung für so viele Millionen neuer Staatsbürger war diese Maßnahme verständlich und sogar sehr vernünftig, jedoch nur als eine Übergangsmaßnahme, nicht aber als Dauerzustand. Ich will hier nur bemerken, daß dieser Zustand genau 47 Jahre gebauert hat.

Und noch etwas: Sehr viele Gutsbesitzer hatten 500–800 Leibeigene, viele 1000–2000 und noch mehr. Sie lebten in mehreren Dörfern auf dem Lande ihres Gutsherrn zerstreut. Bei der Befreiung wurde die Landeszuteilung dem „gütlichen Einvernehmen“ zwischen den Bauern und ihrem Herrn überlassen. Da

aber der Gutsbesitzer der stärkere Teil war, so kam es, daß der Gutsherr seinen Bauern, „um das Gut nicht zu gefährden“, das nötige Land oft in einem Stück gab. Das Stück wurde dann von den Bauern unter sich verteilt. Manchmal wurde man gezwungen, solch ein Stück auf tausend und mehr Teile zu teilen. Außerdem war das Land seiner Besitzschaft nach auch nicht überall gleich. So wurde dann auch das schlechtere Land getreulich untereinander verteilt. Daraus entstand eine enorme Landzerstreuung. Als Folge hatte jeder Bauer größtenteils mehrere kleine Stücke Land, die von einander und von seinem Hof oft sehr weit zerstreut lagen. Je weiter die Zeit ging und die Bevölkerung sich vermehrte, desto mehr und mehr wuchs diese Landzerstreuung. Es ist so weit gekommen, daß die richtige Bearbeitung (z. B. Dünung) mancher Landstreifen infolge ihrer Entfernung sich gar nicht mehr bezahlt macht.

Das Fehlen der Eigentumsrechte hemmte jeden Fortschritt. Es ist selbstverständlich, daß die Bauern hier nicht in dem „Eigentumsrecht an und für sich“ liegt, sondern in der Schaffensfreude, in der freien Entwicklung persönlicher Initiative, persönlicher Fähigkeiten, in dem unermüdlichen Streben nach einem wirtschaftlichen Erfolg, die das Gefühl des Eigentums in das menschliche Tun hineinbringt und es so segensreich befriert.

Episkopat, Jugendverbände und Staat

Bedeutsamer Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz: Volles Gemeinschaftsrecht für die kirchlichen Jugendorganisationen.

in den staatlichen Formen des Jugenddienstes, Arbeitsdienst und Wehrdienst.

Untragbar für die Ehre der katholischen Jugendorganisationen wäre es, neben bevorrechteten Jugendorganisationen als deutsche Jugend in deren Reihen und weiter Klasse angesehen und behandelt zu werden, auch in den Fragen der Abzeichen, der Aufmärsche und des öffentlichen Lebens.

Untragbar er scheint vor allem auch jeder direkte oder indirekte Gewissenszwang, anderen weltanschaulichen Organisationen beizutreten oder zu parteimäßigen Bekennissen und Formen gezwungen zu werden, namentlich in der Gemeinschaft der Schule und der Arbeit.

Es muß im besonderen in Konsequenz der gegebenen Anerkennung der katholischen Organisationen erwartet werden:

1. daß das mobile und immobile Eigentum der kirchlichen Jugendorganisationen durch den allgemeinen staatlichen Schutz genährt bleibt. Die frühere ordnungsgemäße Gewährung von Beihilfen aus öffentlichen Mitteln bei Errichtung von Jugendheimen und Sportplätzen unserer Vereine kann nicht zum Anlaß genommen werden, das Eigentumsrecht und Hausrat unserer Vereine aufzuheben oder zu befrachten.

2. Für die Volksschulen wie für die Berufsschulen und höheren Schulen muß die Freiheit gleicher Rechts der kirchlichen Jugendorganisationen gewährleistet werden. Eine einleitige amtliche Werbung in der Schule für eine Jugendorganisation oder gar ausschließliche Einführung einer Jugendorganisation in der Schule muß abgelehnt werden.

Die Kirche sieht in allen jungen Katholiken ihre Kinder und dient in ihrer Seelsorge und in ihrer Fürsorge allen mit der gleichen Liebe. Weil aber die kirchliche Jugendorganisation für die Gemeinschaft der Kirche von lebenswichtiger Bedeutung ist,

daraum hält die Kirche unverrückbar an ihrem Gemeinschaftsrecht und Erziehungsrecht für katholische Jugend fest und sieht in der kirchlichen Jugendorganisation ein Herzstück ihrer Gemeinschaft.

Um besonderen müssen folgende Punkte für die kirchliche Jugendorganisation auch fortan Geltung haben:

1. Katholische Jugend, Führerschaft und Gefolgschaft wird in Erkenntnis ihrer kirchlichen wie ihrer nationalen Aufgabe alle Kraft einsetzen, um das Jugendwerk der Kirche in der gegenwärtigen Zeit hochzuhalten, um darin vor allem die religiösen Kräfte zu wecken, die notwendig sind zum Aufbau eines lebendigen Christentums und echten Volkstums.

2. Katholische Jugend wird der bewährten Leitung der Verbände und ihrer vom Episkopat bestellten Führer Gefolgschaft leisten.

3. Damit das Jugendwerk der Kirche selbstständig und ungezwungen fortgeführt werden kann, wird von jedem Verein und jedem Mitglied freudige Opferbereitschaft erwartet. Die Vereine werden aufgefordert, strenge Ordnung ihrer Geschäfte durchzuführen und die finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Verbänden zu erfüllen.

4. Die katholischen Jugendverbände werden bereitwillig sich einzufügen in die Gemeinschaft der deutschen Jugend und die nationale Aufgabe nach bestem Können erfüllen. Der Jugend unserer kirchlichen Verbände wird mit Nachdruck die Aufgabe gestellt, in Schule und auf dem Werkplatz, in Nachbarschaft und öffentlichem Leben echte Brüderlichkeit gegen alle deutschen Brüder und Schwestern zu zeigen, in gegenseitiger Achtung und Hilfsbereitschaft zu dienen und so mitzubauen an echter deutscher Volksgemeinschaft.

Berlin, den 21. Juni 1938.
Adolf Hitler. Franz Seldte.

Deutschnationaler Einspruch beim Ministerpräsidenten Goering

WDZ. Berlin, 21. Juni. Wie das WDZ-Büro meldet, hat der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover für die Deutsch-nationale Front beim preußischen Ministerpräsidenten Göring telegraphisch Einspruch erhoben gegen die Durchführung von Haussuchungen bei deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten. Inzwischen sind die zunächst festgenommenen deutsch-nationalen führenden Persönlichkeiten wieder aus der Haft entlassen worden. Insbesondere wurde auch der Reichstagsabgeordnete Schmidt wieder freigelassen. Die Deutsch-nationale Front wird in Verhandlungen ihrer Parteigremien und in Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen versuchen, eine Klärung der Zwischenfälle herbeizuführen. Vor Abschluß dieser Verhandlungen wird von der Deutsch-nationalen Front jede weitere offizielle Erklärung abgelehnt.

WDZ. Berlin, 21. Juni. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit:

In einer heute stattgefundenen Besprechung zwischen dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichsarbeitsminister Seldte, dem Herrn Reichswehrminister und dem Herrn Vizekanzler von Papen wurde folgendes vereinbart:

In der Lage des russischen Bauern fehlte das alles. Für wen sollte er sich mit dem Land abquälen, wenn es auf Beschluß seiner Dorfgemeinde womöglich in einigen Jahren ein anderer Bauer bekommen könnte? Für diesen anderen? Er wird die Früchte deiner Arbeit ernten, und du wirst zusehen? Oder er verzehrt das Land und deine jahrelange mühselige Arbeit wird vertan... Beide Gedanken waren gleich bitter!

Der Fortschritt ist immer eine Pionierarbeit, immer Arbeit eines Einzelnen, der vorantritt und die Masse nach sich zieht. Hier war man aber gezwungen sich nach der Masse zu richten. Die Masse ist aber immer träge und unbeweglich. Besonders eine häuerliche Masse. Die ungeheure Landzerstreuung trug dazu bei, die wirtschaftliche Lage der Bauern noch aussichtsloser und unerträglicher zu machen.

Die Regierungen, die nach dem Tode Alexander II. folgten, kümmerten sich, wie schon erwähnt, nicht mehr um den Bauern und überließen ihm sein Schicksal. Solange er die Ruhe und die Ordnung nicht störte, war alles gut. Der Wunsch, ihm zu helfen, war nicht da. Zum mindesten war er nicht groß genug, um die Regierungen an ihre Pflicht am Volke zu erinnern und sie zu weiteren grundlegenden Reformen zu bewegen.

(Schluß folgt morgen im Beiblatt.)

reute Bezirksbaufürstete, Standartenführer Baum, veranlaßte jedoch, daß der Geistliche in Schüßhaft genommen wurde.

Bei diesem letzten Fall misst das nationalsozialistische Blatt die Schuld der katholischen Kirchengemeinde bei, die wiederholt veranlaßt worden sei, den Pfarrer zu versetzen (mogli sie keine Befugnis hat. D. Schriftstg.), da die Erbitterung der Bevölkerung zu Befürchtungen Anlaß gegeben habe.

Aktion gegen die Bayerische Volkspartei

WDZ. München, 21. Juni. Die bayerische politische Polizei teilt mit: In letzter Zeit haben sich die Verdachtsmomente, daß während Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei im Zusammenhang stehen mit den letzten Ereignissen in Österreich, insbesondere mit dem vor wenigen Tagen erfolgten Verbot der NSDAP, so verdichtet, daß es dringend notwendig erschien, die Verbindung zwischen Bayerischer Volkspartei und den Christlich-Sozialen sowie der Heimwehr in Österreich festzustellen. Die bayerische politische Polizei hat daher heute eine einheitliche Aktion gegen die Funktionäre der Bayerischen Volkspartei in ganz Bayern eingeleitet und bei ihnen sowie in den wichtigsten Büros der Partei eine Suchung nach belastendem Material vorgenommen. U. a. wurden auch die Räume der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Landtag, des „Bayerischen Kuriers“ und des Wirtschaftsbeirates durchsucht. Das beschlagnahmte Material wird zurzeit noch gesichtet. In Einzelfällen, bei den Widerstand erfolgte oder Verdeckungsfeststand, mußte zu Festnahmen geschritten werden.

In der Sitzung des Altersrates teilte Landtagspräsident Eßer mit, daß die Regierung voraussichtlich am 3. Juli den Landtag einberufen werde.

Auf eine Anfrage wegen der Durchsuchung der Räume der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei erklärte Landtagspräsident Eßer, daß er die Genehmigung zur Durchsuchung erteilt habe, weil der Verdacht bestanden habe, daß eine ganze Reihe von Nachrichten, die zurzeit auf dem flachen Lande mit der ausgesprochenen Absicht, das Ansehen der Regierung zu schädigen, ausgetragen würden, aus den Kreisen der Abgeordneten der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei gekommen seien.

Erklärung des bayerischen Innenministers

Zu diesen Ereignissen erklärte der bayerische Innenminister Wagner im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der aus Österreich ausgewiesenen Deutschen: „Ich bitte Sie, alles das abzuwehren, was heute schon wieder verübt, das große Werk in Misserfolg zu bringen. Wir sind uns klar darüber, daß das Gegnerum des neu erwachten Deutschland noch nicht tot ist. Wir wissen, daß es noch da ist, und weil wir das wissen, darum wird uns dieses Gegnerum nicht gefährlich werden können, sondern wir werden es im richtigen Augenblick vertreten. Wir wissen auch, auf welche Weise die Propaganda im stillen getrieben wird von Mund zu Mund, wie man die führenden Köpfe diffamieren will durch die Verbreitung unglaublicher Gerüchte. Ich bin ermächtigt, heute festzustellen, daß Adolf Hitler seine führenden Männer in Bayern, im Reich und in Österreich hunderprozentig bestellt. Ich bin ermächtigt, Ihnen ferner zu sagen, daß die Revolution unseres Weges so lange fortsetzen, bis alles, das tatsächlich ausgeschaltet sein wird, was nicht mitgehen will. Am Ende der großen Bewegung muß das freie Deutschland stehen, nicht nur innerlich, geistig und seelisch frei, sondern auch frei nach außen hin. Und dieses Deutschland soll alle deutschen Lande umfassen, soweit die deutsche Zunge klingt.“

Massendemonstration gegen Generaldirektor Dorpmüller

WDZ. Berlin, 21. Juni. Tausende von Reichsbahnbeamten veranstalteten heute nachmittag vor dem Gebäude der Hauptverwaltung der Reichsbahn in der Potsdamer Straße eine Demonstration gegen Generaldirektor Dr. Dorpmüller. Der Anlaß der Kundgebung soll in dem unsozialen Verhalten der Reichsbahn-Hauptverwaltung und in der Beibehaltung von Juden in lebenswerten Stellungen liegen.

Französische Intervention für Boltz?

WDZ. Stuttgart, 21. Juni. Die „Süddeutsche Zeitung“ verzeichnet das Gerücht, daß der französische Konsul in Stuttgart wegen der Verhaftung des früheren Staatspräsidenten Dr. Boltz, den Mitglied der Deutsch-Französischen Gesellschaft ist, interveniert habe. Das Blatt nimmt als selbstverständlich an, daß Dr. Boltz von den Absichten des französischen Konsuls keine Ahnung gehabt hat und sagt hinzu, daß die Intervention ihm auch gar nichts nützen werde. Die Ausländer, so schreibt das Blatt weiter, werden gut tun, sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen.

Eine Bestätigung davon der „Süddeutschen Zeitung“ verbreiteten Gerüchte war an zuständiger Stelle nicht zu erlangen, auch das französische Konsulat hat eine Auskunft in der Angelegenheit nicht gegeben.

Referentin für Frauenfragen im Reichsinnenministerium

WDZ. Berlin, 21. Juni. Reichsminister Dr. Fried hat die Gauleiterin der NS-Frauenschaft, Gau Düsseldorf, Frau Paula Sibler, als Referentin für Frauenfragen in das Reichsministerium des Innern berufen.

Frau Sibler hat insbesondere den Auftrag erhalten, die verschiedenen Frauenvverbände zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenvverbände zusammenzuschließen.

Im Prozeß um Rosemarie Bobdin.

Berlin. Im Prozeß gegen Frau Martha Bobdin wegen der Mordeinschüsse gegen die kleine Rosemarie kam es in der Mittwochverhandlung zu einem dramatischen Zwischenfall. Als Zeugin rief der Vorsitzende eine Frau Wenzel aus Marienburg auf. Diese Frau ist die wirkliche Mutter der Angeklagten Martha Bobdin. Sie sieht aber ihre Tochter, die sie gleich nach der Geburt weggegeben hatte, zum ersten Male wieder. Auch Martha Bobdin hat ihre Mutter niemals vorher kennengelernt. Die dramatische Spannung dieser Begegnung wirkte auf die alte Frau Wenzel so stark ein, daß sie am Beugentisch einen Ohnmachtsanfall erlitt während gleichzeitig Frau Martha Bobdin in Schreikrämpfe ausbrach und durch den Justizwachtmeister aus dem Gerichtssaal ins Gefängnis zurückgeführt werden mußte.

Gesetze, die Danzigs Nationalsozialisten zu ändern beabsichtigen

Der nationalsozialistische Gesetzentwurf des Ermächtigungsgesetzes.

Als Drucksache Nr. 7 hat der Senat dem Volkstag soeben einen Gesetzentwurf für das neue Ermächtigungsgesetz zugeleitet, das bereits für Freitag auf der Tagesordnung steht.

Nach § 1 der Vorlage wird der Senat ermächtigt, auf den nachstehend angeführten Gebieten im Rahmen der Verfassung und innerhalb der sich aus § 2 dieses Gesetzes ergebenden Grenzen Maßnahmen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Die Vorlage umfasst dann in neun Hauptgruppen folgende 87 einzelnen aufgeführte Punkte, zu denen entsprechende Maßnahmen erlassen werden können:

1. Organisation und Verwaltung des Staates, der Gemeinden und der Gemeindeverbände; internationale Beziehungen.

1. Änderung der Wahlgesetze und Wahlordnungen für Volkstag, Kreistag und Gemeindevertretungen,

2. Änderung des Gesetzes über den Volksentscheid vom 6. 8. 28 (Gef.-Bl. S. 335) nebst Abstimmungsordnung vom 5. 10. 25 (Gef.-Bl. S. 1020).

3. Änderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten.

4. Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats vom 9. 1. 31 (Gef.-Bl. S. 1).

5. Änderung des Gesetzes über den Finanzrat vom 9. 2. 28 in der Fassung der Rechtsverordnung vom 2. 12. 1932 (Gef.-Bl. S. 828).

6. Änderung der Staatshaushaltungsordnung vom 22. 6. 31 (Gef.-Bl. S. 467).

7. Feststellung des Staatshaushaltspolanes; Aufnahme von Anleihen und Übernahme von Bürgschaften.

8. Neuregelung des Finanz- und Lastenausgleiches.

9. Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

10. Umbildung und Vereinfachung der Verwaltung und ihrer Behörden, insbesondere Änderung der Verwaltung, der Finanzierung und der etatmäßigen Verhandlung wissenschaftlicher und künstlerischer Institute.

11. Maßnahmen zur Befreiung von Wirtschaften und zur wirtschaftlichen Gefübung in den Gemeinden, Gemeindeverbänden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

12. Änderung des Gesetzes über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadtgemeinde Danzig vom 9. Oktober 1923 (Gef.-Bl. S. 1027).

13. Übernahme kommunaler Bezirksänderungen.

14. Einführung von Verwaltungsgebühren in Staat und Kommunen.

15. Regelung der Bau- und Unterhaltungspflichten für Staat, Kreis- und Gemeindestrafen.

16. Regelung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen der Freien Stadt Danzig und dem Auslande.

17. Durchführung von Staatsverträgen und Sicherung der aus solchen Verträgen sich ergebenden Rechte und Pflichten.

18. Abschluss und Durchführung von Staatsverträgen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über Rechtschutz und Rechtshilfe in Steuersachen.

19. Regelung der Verhältnisse hinsichtlich der See-grenzen.

20. Regelung des Paß- und Auswanderungswesens.

II. Beamtenrecht

Beamte und Angestellte des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie solcher Personen, die die rechtliche Stellung von Beamten haben.

21. Vereinheitlichung und Neuregelung der Rechtsverhältnisse für Beamte und Angestellte im Amt, Wartestand und Ruhestand, sowie ihrer Hinterbliebenen, insbesondere a) Änderung der Dienstregelungen an die deutschen Regelungen, b) Änderung der Dienstwohnungsvorschriften, c) Änderung des Besoldungsgesetzes, d) Änderung des Beamtenrenten- und Beamtenhinterbliebenengesetzes, e) Änderung des Disziplinarrechtes, f) Änderung der Beamtenvertretungen, g) Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen, h) Regelung der Rechtsbeziehungen zu anderen Staaten.

III. Rechtspflege

nebst Kosten- und Vollstreckungswesens sowie Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums, Presse- und Vereinsrecht.

22. Änderung der Gerichtsversetzung, insbesondere bezüglich der Organisation und Zuständigkeit der Gerichte und der Bestimmungen über die Besetzung mit Vorsitzbeisitzern.

23. Änderung der Arbeitsgerichtsbarkeit.

24. Regelung der Rechtsverhältnisse der Rechtsanwälte und Notare.

25. Änderung des Zivil- und Strafprozesses sowie des Konkurs- und Vergleichsrechtes einschließlich der Kosten- und gebührenrechtlichen Vorschriften (auch für Rechtsanwälte und Notare) und des gesamten Vollstreckungs- und Pfändungsrechts.

26. Reform des Bürgerlichen Rechts einschließlich des Handels-, See-, Wechsel- und Scheidechts und des Gesellschafts- und Genossenschaftsrechts.

27. Neuregelung der Sicherungsüberzeugungen und des Lagercheinwesens.

28. Reform des Strafrechts.

29. Erlass einer Amnestie.

30. Änderung des Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich des Regierungsrechts.

31. Ausbau des Rechts zum Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums sowie des Rundfunkrechts.

32. Neuregelung des Presserechts.

33. Änderung des Vereinsrechts.

IV. Kirche und Schule.

34. Bekämpfung der antireligiösen Propaganda.

35. Neuregelung der Lasten der Religionsgesellschaften und ihrer Mitglieder.

36. Änderung der Vorschriften über die äußeren Angelegenheiten der Schule.

37. Änderung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 1. 9. 22 (Gef.-Bl. S. 405).

38. Änderung der Bestimmungen über den Aus- tritt aus den Religionsgesellschaften.

39. Maßnahmen zur Erziehung und Erziehung der Jugend im christlichen und nationalen Sinne.

V. Soziale Fürsorge.

40. Änderung der Reichsversicherungsordnung des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Versorgungsgesetzes über das Verfahren in Versorgungsfällen.

41. Änderung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes vom 18. 2. 31 (Gef.-Bl. S. 299).

42. Änderung der Bestimmungen über die Verpflichtung zur Erstattung von Unterstützungen der Verpflichtung der Angehörigen von Unterstützungsbedürftigen.

43. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

44. Umformung und Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

45. Regelung der Fürsorge für Kleinrentner und Zivilblinde.

46. Regelung der Rechtsverhältnisse öffentlicher und privater Wohlfahrtseinrichtungen zum Zwecke der Versorgung von Wirtschaften.

47. Neuregelung des Gesundheitswesens.

VI. Steuer, Zoll und Monopole.

49. Änderung des Steuergesetzes.

50. Steuerreform unter Berücksichtigung der sozialrechten Erkenntnisse auf volkswirtschaftlichem und steuerlichem Gebiet.

51. Erlass einer Steueramnestie.

52. Änderung der Steuergesetze, insbesondere des Einkommensteuergeiges, des Körperchaftsteuergeiges, des Vermögenssteuergeiges, des Erbschaftsteuergeiges, des Gewerbe- steuergeiges, des Wandelgewerbe- steuergeiges, des Umsatzsteuergeiges, des Lohnzulagensteuergeiges, des Grundwachstumsteuergeiges, des Gesetzes über die Aufhebung der Rayon- beschränkungen, des Wohnungswirtschaftsgesetzes, der Verord-

nung über die Erhebung einer Grundvermögenssteuer, der Verordnung über die Erhebung eines Notzuschlages zur Einkommen- und Körperchaftsteuer.

53. Verlängerung der Geltungsdauer der in Ziffer 52 genannten Steuergesetze und -verordnungen, soweit deren Erhebung nur für eine beschränkte Zeitspanne vorgesehen ist.

54. Abänderung der Verbrauchssteuergesetze, insbesondere des Biersteuergeiges, des Branntweinsteuergeiges, des Salzsteuergeiges, des Zuckersteuergeiges, des Gesetzes betr. Süßstoffabgabe, des Spielfarbensteuergeiges, des Leichtmittelsteuergeiges, des Zigarettenpapiersteuergeiges.

55. Abänderung der Verkehrssteuergesetze, insbesondere des Gesetzes über die Besteuerung des Personenverkehrs, des preußischen und des Reichsstempelgesetzes, des Versicherungssteuergeiges, des Wechselstempelsteuergeiges, des Kraftfahrzeugsteuergeiges.

56. Angleichung an die Steuergesetzgebung der Nachbarstaaten auf dem Gebiete der Befüll-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern.

57. Besteuerung der Konsumgenossenschaften und Warenhäuser.

58. Änderung der Monopolgesetzgebung betr. Tabak- und Zündholzmonopol.

59. Einführung von Monopolen, insbesondere Monopolbewirtschaftung der der Verbrauchsbesteuerung unterliegenden Gegenstände.

VII. Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs

60. Umschuldung und Entschuldung der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes sowie des Haush- und Grundbesitzes.

61. Einrichtung einer Staatsbank.

62. Neuordnung des Geld-, Bank- und Börsenwesens, insbesondere durch Ausbau der Bankaufsicht, Abgrenzung und Regelung des Geschäftsbereichs der Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, Neuordnung der Sparkassenfassungen, Regelung der Zins- und Provisionspolitik der Geldinstitute, Bestimmungen über Anlage der Einlagen und Kapitalrücklagen bei Geldinstituten und Handelsgesellschaften, Regelung der Ausgleichsfassungen und ähnlicher Unternehmungen.

63. Regelung des Lotteriewesens.

64. Maßnahmen zur Verhütung wirtschaftlicher Missstände, insbesondere durch Einsetzung von Staatskommissaren.

65. Auschaltung der unlauteren Konkurrenz im Handel und Gewerbe, insbesondere durch Bildung von Zwangsvverbänden.

66. Ausbau der Beaufsichtigung der Versicherungsgesellschaften, Bau- und Zwecksparkassen sowie ähnlicher Unternehmungen.

67. Regelung und Förderung der Markt- und Absatzverhältnisse sowie Begründung heimischer Industrien und Exportförderung.

68. Änderung des Genossenschaftswesens, insbesondere der Deich- und Entwässerungsgenossenschaften.

69. Schutz des Einzelhandels, insbesondere durch Verbot des Zugabwesens, Regelung der Abzahlungsgeschäfte, Maßnahmen zur Einrichtung der Warenhäuser und Einheitspreis-

geschäfte, Einführung einer Filialsteuer, Verbot oder Ein- gründung der Regiebetriebe, Regelung der Preisgestaltung.

70. Aufbau ständischer Berufsvertretungen.

71. Regelung des Tarifwesens für Angestellte und Arbeiter.

72. Ordnung der Arbeitszeit.

73. Maßnahmen zur Verhinderung von Betriebsein- schränkungen und Betriebsstilllegungen.

74. Maßnahmen zur Regelung der Wirtschaftsführung von lebenswichtigen Betrieben aus Gründen des öffentlichen Wohles, sowie zwecks Erzielung von Ersparnissen.

75. Änderung des Arbeitsvermittlungsgesetzes.

76. Änderung des Gesetzes über Errichtung von Arbeitnehmerausschüssen vom 7. 7. 31 (Gef.-Bl. S. 670) und Regelung des Schlichtungswesens.

77. Bekämpfung der Schwarzarbeit und Erwerbslosigkeit, insbesondere Einführung einer Arbeitsbeschaffungspendie.

78. Änderung der Gewerbeordnung.

79. Einführung einer Zwangshaftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge.

80. Änderung des Enteignungsgesetzes und des Flucht- liniengegesetzes.

VIII. Wohnungs- und Siedlungswesen

81. Änderung der geltenden Wohnungswirtschafts- und Wohnungsbaugesetze sowie Umformung der Wohnungsbauabgabe.

82. Neuordnung der langfristigen Miet- und Pachtverhältnisse.

83. Regelung des Siedlungswesens.

84. Schaffung eines Heimstättentrechts.

85. Ausbau des Anerbene-rechts.

86. Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Gewinnung von Neuland.

IX. Sonstiges

87. Sonstige Maßnahmen zur sofortigen Behebung dringender Notstände, die im Rahmen der Verfassung liegen.

§ 2.

Der Senat darf von dem im § 1 bezeichneten Ermächtigung nur Gebrauch machen zum Zweck

a) der Aufrechterhaltung der Ordnung der Finanzen des Staates, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der öffentlich-rechtlichen Verbände,

c) der Erzielung von Ersparnissen,

d) der Anpassung an die rechtliche Regelung in den Nachbarstaaten,

e) der Aufrechterhaltung und des Ausbaus der öffentlichen Ordnung und Sicherheit,

f) der Vereinfachung und Fortentwicklung der Verwaltung und der Rechtspflege,

g) der Behebung der Arbeitslosigkeit.

In diesem Rahmen sind Strafandrohungen zulässig.

* Das Gesetz ist bestimmt und soll spätestens am 30. Juni 1937 außer Kraft treten, also während der ganzen Wahlperiode des neuen Senats und des neuen Volkstages gelten. Es kann aber vom Senat auch vorher außer Kraft gesetzt werden, wenn er einen Zeitpunkt hierzu bestimmt.

Der Schatz von Arras.
Die Stadt Arras, die aus den Trümmern wiedererstanden ist, hat jetzt einen Teil des Schatzes wieder erhalten, dessen Verlust sie seit der Versterzung des Stadthauses zu beklagen hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges beherbergte das Stadthaus von Arras eine außerordentlich wertvolle Sammlung von Münzen und Medaillen aus dem Mittelalter und der Zeit der Renaissance. Als man daran ging, die Stadt wieder aufzubauen, war sie spurlos verschwunden. Erst jetzt hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der kostbaren Stücke von den Arbeitern beim Wiederaufbau gefunden worden war. Die Finder hatten nichts von ihrer Entdeckung verlauten lassen und die wertvolle Beute mitgenommen. Manche verkauften die Münzen in ihrer Heimat an Goldschmiede, die eine große Zahl einschmolzen. Andere hatten dem Geistlichen in der Kirche den Diebst

Das Deutschtum der Vereinigten Staaten in Gefahr!

Kürzlich stellte der Generalsekretär des Vereins für das Katholische Auslandsdeutschtum nach einer Rundreise durch Nordamerika fest: „Schon heute sind die Vereinigten Staaten für katholische Deutsche fast wieder ein ähnliches Diasporaland geworden wie vor hundert Jahren.“ Die Auswanderung aber ist aus der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nicht wegzudenken und dürfte auch für die nächste Zeit wegen ihrer Dringlichkeit besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es bemerkenswert, daß der Generalsekretär der Katholischen Gesellenvereine in Nordamerika sich eindringlich an das Mutterland wendet, um gewissen schweren Gefahren vorzubeugen. In einem Artikel der Zeitschrift „Die Seelsorge“, Freiburg i. Br., um dessen Verbreitung in der gesamten katholischen Presse er bittet, weist er zunächst darauf hin:

„dass der Einwanderer sich bei seiner Ankunft in eine wirklich neue Welt und vollständig fremde Umgebung verlost sieht.“

nicht nur die Sprache, sondern die ganzen Lebensformen, die wesentlich durch das Angelsachsenland bestimmt werden, sind fremd. Die gesellschaftliche Struktur, die Arbeitsmethoden, die soziale Gesetzgebung, das Verhältnis der Kirche zu Staat ist anders als in der Heimat. Zu diesem Ansturm des Neuen und Fremden gesellt sich meist sogleich die große Sorge um Beschäftigung und Verdienst. Selbst in den Zeiten der Prohibition blieb diese Sorge auch für den Qualitätssarbeiter oft lange bestehen.

Die mechanisierte Arbeitsweise und die Tatsache, daß man hier meist mehr Gewicht auf Quantität denn auf Qualität legt, machen ein Einarbeiten oft schwer.

Östlicher Stellenwechsel und bei vielen ein vollständiges Abdrängen vom erlernten Beruf sind die Folge. In diesem schweren Kampf ums tägliche Brot, den wohl die meisten Einwanderer gerade in den ersten Jahren ihrer Heimreise zu führen haben, geht oft das Interesse für höhere Dinge verloren. Er erkennt gar bald die Macht des Dollars. Manche bestehen diesen harten Kampf ums Dasein in Ehren, andere lassen ihr Gemüts- und Seelenleben vom Materialismus überwuchern und ersteren, und wieder andere bleiben gescheitert an Leib und Seele am Wegrund liegen.

Die Gefahren der Großstadt sind für den alleinstehenden jungen Mann natürlich im fremden Lande ungleich größer als in der Heimat.

Im Hafen, Werkstätte oder Büro sieht er sich unter Angehörige der verschiedensten Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse verloren. Man bedenkt, daß nur etwa ein Sechstel der Einwohnerchaft der Vereinigten Staaten katholisch ist, dagegen aber die Hälfte der Bevölkerung überhaupt keiner Religionsgemeinschaft angehört! Das begrenzte Anlehnungsbedürfnis und die Abhängigkeit des Neugewanderten wird von seinen Arbeitskollegen oder Vorgesetzten oft missbraucht, und unter allen möglichen Vorwänden, Versprechungen oder Drohungen werden ihm Ideen und Ansichten beigebracht, die mit seiner christlichen Erziehung in krassem Widerspruch stehen.

Ein Problem, dem der Neugewanderte oft ratslos gegenübersteht, ist die Wohnungsfrage.

Findet der Neuanhänger bei Verwandten und Bekannten Unterkunft, so mag das, soweit dies praktische Katholiken sind, zum mindesten eine gute Anfangslösung sein. In gar manchen Fällen aber haben diese Verwandten und Bekannte ihren katholischen Glauben über Bord geworfen, und der Neuanhänger, der sich bei ihnen geboren glaubt, läuft Gefahr, von der Loyalität und Gleichgültigkeit der anderen angestellt zu werden. Jene aber, die keinerlei Anschluß haben, sind meist auf billige Logishäuser oder unbekannte Familien angewiesen, da es, abgesehen von den katholischen Gesellenhäusern, keine katholischen Lebigenvereine für Männer gibt. Nicht minder Gefahren als auf dem Arbeitsplatz und im Logishaus umgeben den Eingewanderten in seiner Freizeit.

Unterstützung in der Landessprache machen ihm einen Anschluß an Kreise, die für sein geistiges Fortkommen von großem Nutzen wären, zunächst unmöglich.

Er sucht daher gar oft seinen Zeitvertreib in billigen Kinos, Theatern, Tanzlokalen und anderen zweifelhaften Vergnügungsstätten. Sehr viele Neugewanderte suchen sofort Anschluß an deutsche Turn- und Sportvereine, Gesangvereine oder Landmannschaften. Zu diesen Vereinen, die noch in großer Anzahl bestehen und in denen meist noch deutsch gesprochen wird, fühlen sich viele Einwanderer hingezogen; glauben sie doch in

ihnen ein Stückchen Heimat zu finden. Soweit aber Glaube und Seelenleben in Frage kommen, wird ein Anschluß an diese Vereine wenig nützen, gar oft dagegen viel, sehr viel schaden.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Gefahren, die gerade dem Einwanderer aus der Arbeitslosigkeit erwachsen. Losgelöst vom Elternhaus, von Verwandten und Freunden, ohne guten gesellschaftlichen Anschluß, meist ohne nennenswerte Vermittel, stehen heute Tausende von Einwanderern vor dem Nichts. Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht, und die Hilfe, welche die öffentliche Wohlfahrt besonders dem Ledigen gewährt, ist äußerst knapp bemessen. Wie schnell die Seele erkrankt, wenn der Leib verlumpt und verkommt, braucht hier sicher nicht geschildert werden.

Als Oasen in einer Wüste von Gefahren bleiben für den katholischen deutschen Einwanderer nur noch die katholischen deutschen Gemeinden und Vereine.

Aber auch diese Oasen vertrocknen mehr und mehr. Vor dem Kriege war die Kirche fast die einzige Geistesmacht in den Vereinigten Staaten, die das deutsche Volkstum in ihren Mauern schützend umhüllte. Große deutsche Gemeinden, herrliche Kirchen und Pfarrschulen mit deutscher Unterrichtssprache, blühende deutschpredende katholische Vereine gab es in großer Zahl. Von diesem starken katholischen Deutschtum sind aber, wenigstens soweit sich dieses noch offiziell der Muttersprache bedient, nur noch einige wenige Reste übrig geblieben. Der deutsche Mutterlaut wird in den Kirchen immer seltener und ist aus den meisten sogenannten deutschen Gemeinden bereits vollständig verbannt. Deutscher Unterricht wird in katholischen Pfarrschulen nur noch in ganz vereinzelten Fällen erteilt. Selbst in Vereinen, deren Mitgliedschaft sich fast ausschließlich aus deutschen „Emigranten“ und deren Nachkommen zusammensetzt, hört man den deutschen Mutterlaut immer seltener. Nicht nur, daß die alten deutschen Pionierpriester und Lehrkräfte immer weniger werden und der hier geborene Nachwuchs sich der deutschen Sprache nicht mehr bedienen kann oder will — es waren leider in vielen Fällen die deutschen Katholiken selbst, die das Kulturgut der deutschen Sprache nicht zu schätzen wußten und es Mangel an Rassefreiheit oder ähnlichen Gründen für ein Linsenmus preisgaben. Mit dem Verfall der deutschen Ge-

meinden und Vereine ist aber der katholische Einwanderer der Nachkriegszeit und Zukunft der stärksten Stützen beraubt.

Wohl keine katholische Organisation hat sich in den letzten Jahren um die junge katholische deutsche Einwanderung mehr und praktischer angenommen als der Katholische Ge-sellenverein,

der übrigens der einzige katholische Nationalverband ist, der sich offiziell noch der deutschen Sprache bedient. Dieser Verband mit seinen 18 Zweigvereinen reicht seine helfende Hand nicht nur den Ankömmlingen seines Vereins, sondern allen katholischen lebigen Einwanderern im Alter von 17 bis 35 Jahren. Tatsächlich haben mehr denn 50 Prozent der Mitglieder der amerikanischen Kolpingsfamilie nie einem Gesellenverein in Deutschland angehört.

Ein vor einigen Jahren unternommener Versuch, wenigstens die meisten der eingewanderten Kolpingsjüngste zu erfassen, brachte hauptsächlich deshalb nicht den gewünschten Erfolg, weil man in der Heimat, von wenigen Ausnahmen abgesehen, diejenigen Bemühungen leistete, die Unterstüzung angelebten ließ.

Der Zentralverband wandte sich damals an alle Vereine in Deutschland und ersuchte um die Zusendung der Adressen jener Mitglieder, die nach dem Kriege nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind. Nur wenige Vereine kamen der Aufruf nach. Gerade dieser Versuch zeigte aber,

wie notwendig ein Zusammenarbeiten in dieser Beziehung zwischen hüben und drüben ist.

Nur sieben Prozent der von Deutschland also gemeldeten Mitglieder hatten auch in Amerika ihren Weg zum Katholischen Gesellenverein gefunden. Infolge individueller Führungnahme mit den von Deutschland gemeldeten, aber drüben nicht angeschlossenen Mitgliedern konnten weitere 21 Prozent wieder unserer Sache zugeführt werden. Dabei zeigte sich hauptsächlich in jenen Fällen Erfolg, in denen der Seelsorger oder Präses der Heimat durch ein Schreiben an das in Frage kommende Mitglied die Aktion des amerikanischen Gesellenvereins unterstützte. Die Kolping Society of America (Central Office), 811 Oakdale Ave., Chicago, ist bereit, sich aller katholischen deutschen Einwanderer im Alter von 17 bis 35 Jahren so weit als irgend möglich anzunehmen. Die deutschen Seelsorger und Vereipräses könnten unter Angabe dieser Adresse den Ausgewanderten ihrer Gemeinden eine Führungnahme mit dem Gesellenverein Nordamerikas empfehlen oder die Adressen dieser Ausgewanderten mitteilen, damit die Kolpingsbrüder drüben selbst mit diesen in Verbindung treten. So reichen die amerikanischen Gesellenvereine ihre Hand über den Ozean, hoffend, daß man sie freudig greift.

Danziger Nachrichten

Ruhe für Körper und Geist.

Wer sehnt sich nicht einmal aus allem Lärm und aller Unruhe hinaus in den stillen Frieden einer weiten Landschaft, wo eine reine Luft das Haupt umfächelt und ans Ohr nur Laute dringen, die uns vertraut sind und die wir doch seit langem nicht mehr vernahmen. Das Singen des Windes über weite Ebenen, das Rauschen in den Bäumen und das lustige Gezwitscher eines Vogels, der unsichtbar und versteckt sich und seine Gefährten auf die liebenswürdigste Art unterhält. Wie Balsam legt sich dieser Frieden auf die aufgepeitschten Nerven der modernen Städter, mit Wonne empfindet er die dargebotene Kühlung.

Es wird viel gesündigt mit dem Lärm, den die technische Entwicklung uns beschert hat. Da knattern und zischen Motorräder auf der Straße, obwohl es gar nicht nötig wäre, dort hupt jemand ununterbrochen, weil er die Nachbarschaft alarmieren und auf das Auto aufmerksam machen will, überall auf den Straßen ist wütender Lärm, der unsere Großväter sicher in Erschrecken gebracht hätte und der in diesem Umfang sicherlich auch gar nicht nötig wäre.

Gest in jeder Straße befinden sich Arbeitsbetriebe mit kreischenden Maschinen, heulenden Motoren und knirschenden Rädern, die einen fast ohrenbetäubenden Lärm verursachen und die oftmals auch auf eine leisere Melodie abgestimmt werden können, wenn man sich selbst in die Mühe macht, dies zu untersuchen. Radio und Schallplatte bringen den Lärm der großen Welt bis tief in unser eigenes Zimmer, wo wir der Ruhe pflegen möchten und doch immer wieder aufgescheucht

werden, weil es in der modernen Stadt keine Ruhe gibt.

Das ist sicherlich eine Zeitercheinung, gegen die man sich kaum stemmen kann, aber sie drängt uns doch daran, zu laufen, ob nicht neue Möglichkeiten für stillen Frieden geschaffen werden können. Denn in der Ruhe und in der Stille reisen unsere besten Gedanken, finden wir am leichtesten unsere rechte Einstellung zu Zeit und Welt. Ist der Werktag notwendiger Beizeit heute nicht mehr geeignet, uns diese Ruhe zu gewähren, dann muß der Sonntag uns vollwertigen Erholung bieten, jener Sonntag, den wir heilig sollen. Aber auch er ist vom Betriebslärm erfüllt, auch in ihm kommen die ratternden, surrenden und heulenden Maschinen nicht zum Schweigen, und man muß schon weit fortgehen von den Plasterstraßen der Kultur, um in ländlicher Einsamkeit das Märchen tiefer Stille zu erleben.

Doch nicht nur Flüchtlings des Alltags dürfen wir sein, Verneiner des modernen Lebens, das über uns hinwegbraust, wenn wir uns ihm entgegenstemmen wollen, und das uns willenslos mitreißt, wenn wir es nicht zu lenken versuchen. Wir können mittags sein, daß auch mittags im lärmenden Arbeitsbetrieb Inseln der Stille geschaffen werden, wo ein grüner Rasen, ein paar Bäume und ein paar Blumen jenen Frieden ausstrahlen, nach dem wir verlangen. Es gilt das Recht auf Ruhe gegenüber den Rechten des industriellen Fortschritts zur Geltung zu bringen, denn nur in einem harmonischen Ausgleich wird das Gediehen der Menschheit gesichert.

„Woher denn, Wieso denn, — Und die, mich verneinen, ungeschlossen, die sind mit sich selber beschäftigt. Aber — was wollte ich noch, weswegen habe ich mich erhoben?“

„Wegen Philipp, du wolltest dem Altknecht eine Standpauke halten.“

„Ja, Gewiß. — Zufällig, du trifftst den Nagel auf den Kopf. Also — mein lieber Philipp — so heißt du ja, und du gehörtest ja auch zu den drei Anfragen, die damals für Gabriel Keller zu mir auf den Hof ritten. Soeben fällt mir das ein. Also, Philipp, ich an deiner Stelle, das habe ich dir schon soeben vorgehalten, ich an deiner Stelle würde vor den Halderhofbauer hinschreien und sagen: „Mein lieber Keller, ich habe deiner Familie zwar länger als ein Menschenalter gedient. Jetzt aber Schlaf. Es ist aus. Ich kann nicht mehr. Ein bisschen Wert muß ich auf den inneren Menschen legen. Ich meine auf den eigenen. Auf meinen. Jawohl, Philipp, so mußt du sagen, und so mußt du zu ihm gehen. Sonst bist du kein Mann mehr. Sonst nicht. Ich aber verkünde euch, Leute“, wandte er sich an seine Zuhörerschaft, „hier der Altknecht, das ist ein anständiger Charakter. Der tut, was ich sage, und der schmeißt den Krempel hin.“

„Bravo — bravo“, erscholl es ringsumher. „Er bleibt nicht bei Gabriel. Er sagt ihm den Dienst auf.“

Und wie das Rollen eines Donners erscholl Belfrigs Stimme über den Tumult. „Er kommt zu mir. Er wird bei mir genau so gebrüllt, als ob er unserm Hause mit Ergebenheit gedient hätte. Ich habe keinen Altknecht, aber ich würde mir ein großes Vergnügen

Aussichten für den Raps im Werder.

Günstiger als im Vorjahr.

Die Aussichten für den Raps, einer Hauptfrucht des Werders, sind in diesem Jahre günstiger als im Vorjahr. Während im Winter 1931/32 viel Raps ausgewirtschaftet war, hat der Raps den Winter 1932/33 besser überstanden. Auch die Blütezeit ist normal verlaufen und wer in den letzten Wochen durch das Werder reiste, konnte sich nicht genug freuen an dem unbeschreiblichen Goldmeer, das in einer seltenen Farbenpracht ausleuchtete. Kurz vor der Blüte wurde auf vielen Stellen wieder der Rapsstöfer beobachtet, der im vorigen Frühjahr sehr stark auftrat und großen Schaden anrichtete. Seine Larven fressen sich nämlich in die Knospen der Rapspflanze ein und zerstören dieselbe. Der rauhe Nordwind, der in diesem Frühjahr wochenlang wehte, hat ihn glücklicherweise zurückgedrängt, so daß er sich nicht so stark entwickeln konnte wie sonst. Im allgemeinen ist in diesem Jahre die Anbaufläche des Rapses beiderdeutlich kleiner als im vorigen Jahre. Die schlechten Ernterfolge der letzten Jahre und die niedrigen Preise stellten vielerorts die Rentabilität des Rapsanbaus in Frage.

Bauernregeln im Juni (Brachmonat).

Im Juni wird des Nordwinds Horn noch nichts verderben an dem Korn. — Wenn kalt und naß der Juni ist, verdirbt er leicht und naß das ganze Jahr. — Juni naß, leert Scheun' und Fass. — Bläst der Juni ins Donnerhorn, bläst er ins Land das liebe Korn. — Vor Johanni (24.) blitt um Regen, nachher kommt er ungeliegen. — Vor St. Johannistag, man keine Gerste loben mag. — Der Kuckuck kündet teure Zeit, wenn er noch nach Johanni schreit. — Peter, Paul und Peter (29.), bricht dem Korn die Wurzel.

* Nach Vernehmung wieder entlassen. Vor einigen Tagen ist in Dirschau bekanntlich der Danziger Staatsangehörige Klein Schmidt, angehalten worden, und zwar unter dem Verdacht, die Ausreise militärischstiger Personen aus Polen begünstigt zu haben. Nach richterlichen Vernehmungen ergab sich die Unhaltbarkeit des Verdachts, worauf Klein Schmidt, der in Danzig ein Reisebüro betreibt, die Weiterreise nach Danzig antreten konnte.

Zeitungspapier aus Jungholz.

„Papier-Farmen“.

Zur Verwendung für die Zeitungspapierfabrikation hielt man bisher nur das Holz von Bäumen täglich, die ungefähr fünfzig Jahre alt waren. Nieher so alt Bäume verfügt man aber natürlich nicht überall, was sich denn auch im Preis des Papierholzes auswirkt. Nun ist es amerikanischen Fachleuten dieser Tage gelungen, aus Fichtenholz, das von nur siebenjährigen Bäumen stammt, ein Zeitungspapier herzustellen, das nicht nur glänzend weiß, sondern auch kräftiger ist als das gegenwärtig hauptsächlich gebräuchliche Zeitungspapier. Das neue Papier zerreiht weniger leicht, gleichzeitig ist es leichter, so daß durch die Tonne Papier eine größere Papiermenge trifft. Durch die Erfindung dieses neuen Papierherstellungsprozesses erhöht sich aber vor allem auch die Möglichkeit, ähnlich wie Obstbaumplantagen auch „Zeitungspapier-Farmen“ zu erreichen, da schon innerhalb von sieben Jahren verwendungsfähiges Rohmaterial erhalten werden kann.

Wegen Schweigens geschieden.

Die Weisheit des alten Sprichwörter, daß Schweigen Gold sei, wollten sich die Pariser Richter nicht zu eigen machen, die in der Berufungsinstanz das Urteil ihrer Kollegen in Rennes aufzuhören. Diese hatten einer Frau die Scheidung bewilligt, weil sich der Gatte beherzigt weigerte, mit seiner besseren Hälfte zu sprechen. Das Ehepaar lebte lange Zeit hindurch recht glücklich, und am Himmel zogen erst dann Wolken auf, als sich der Mann das Reden mehr und mehr abgewöhnte, bis er sich schließlich mit seiner Frau nur noch durch Zeichen verständigte. Zunächst fand sich die Gattin mit der Lage ab und gewöhnte sich daran, wenn ihr Wirtschaftsgeld zur Neige ging, ihre leere Geldbörse auf den Tisch zu legen. Wie sie vor Gericht bekennt mußte, fand sie sie stets wieder mit Geld gefüllt. Der Fall in Rennes hat sich jetzt in Paris wiederholt. Auch hier war das beklagende Schweigen des Mannes für die Frau der Anlaß, die Scheidung zu beantragen. In beiden Fällen erklärten mehrwürdigweise die beiden Ehepartner ausdrücklich, daß ihre Ehe sonst völlig ungetrübt gewesen sei. Die Gerichte vermögen deshalb nicht einzusehen, warum das Schweigen als Scheidungsgrund gelten soll, und hoffen, daß die Männer bald wieder das Sprechen erlernen werden.

„Das wird er, bravo — das wird er.“ rief einer der Bauern.

Und Belfrig ging auf den Anhieb ein und erwiderte: „Jawohl, kommt mir nicht darauf an. Bei solcher Feier und bei einer derartigen Aussicht — ich meine, die mit meiner Tochter.“

„Muß nicht so laut sprechen“, flüsterte ihm Peter Sindig, der Dorfschneide, zu. „Dein Mädel hört es auch.“

„Wohin denn, Wieso denn, — Und die, mich verneinen, ungeschlossen, die sind mit sich selber beschäftigt. Aber — was wollte ich noch, weswegen habe ich mich erhoben?“

„Wegen Philipp, du wolltest dem Altknecht eine Standpauke halten.“

„Ja, Gewiß. — Zufällig, du trifftst den Nagel auf den Kopf. Also — mein lieber Philipp — so heißt du ja, und du gehörtest ja auch zu den drei Anfragen, die damals für Gabriel Keller zu mir auf den Hof ritten. Soeben fällt mir das ein. Also, Philipp, ich an deiner Stelle, das habe ich dir schon soeben vorgehalten, ich an deiner Stelle würde vor den Halderhofbauer hinschreien und sagen: „Mein lieber Keller, ich habe deiner Familie zwar länger als ein Menschenalter gedient. Jetzt aber Schlaf. Es ist aus. Ich kann nicht mehr. Ein bisschen Wert muß ich auf den inneren Menschen legen. Ich meine auf den eigenen. Auf meinen. Jawohl, Philipp, so mußt du sagen, und so mußt du zu ihm gehen. Sonst bist du kein Mann mehr. Sonst nicht. Ich aber verkünde euch, Leute“, wandte er sich an seine Zuhörerschaft, „hier der Altknecht, das ist ein anständiger Charakter. Der tut, was ich sage, und der schmeißt den Krempel hin.“

„Bravo — bravo“, erscholl es ringsumher. „Er bleibt nicht bei Gabriel. Er sagt ihm den Dienst auf.“

Und wie das Rollen eines Donners erscholl Belfrigs Stimme über den Tumult. „Er kommt zu mir. Er wird bei mir genau so gebrüllt, als ob er unserm Hause mit Ergebenheit gedient hätte. Ich habe keinen Altknecht, aber ich würde mir ein großes Vergnügen

Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten) (40)

„Halt — halt“, kam der Wirt angerannt, bei mir gibt es keinen Streit. Das möchte was sein — heute — am Erntefest, Zwist und Auseinandersetzung — möglich Keilelei. Ausgeschlossen, das möchte ich mir verbitten. Das gibt es nicht.“

„Du hast den Mund zu halten, Michel“, fiel ihm Belfrig ins Wort. „Du bist der Gasthalter, und wir sind die Gäste. Du schenfst aus, und wir bezahlen. Und weil wir bezahlen, und weil ich dir hiermit aufgebe, eine Runde für die gesamte Gesellschaft zu bringen, deswegen darf ich dem gebrechlichen Knaben die Meinung aller Anwesenden nicht vorenthalten und ihm einen guten Rat geben. Ich mich mit dem verabschieden? Wo denkt du hin, und was fällt dir ein. An diesem Tage, an dem für mich noch eine andere Feier begangen wird. Guck mir. Meine Tochter ist so gut wie verlost. Seit diesem Morgen. Mit dem Professor, mit dem sie tanzt. Jawohl. Er hat zwar noch nicht um sie angehalten, aber er ist in unserm Hause gewesen. Heute. Und nach so denkwürdigen Stunden soll ich mich herumzankeln? Herumstreiten? Fällt mir nicht ein. Nicht im entferntesten. Ausgeschlossen.“

„Bravo — bravo —“, riefen die Leute und munterten den Wirt auf. „Das Michel. Nun in die Kandare. Einen Schoppen aus dem besten Fass — der Belfrig hat das große Los gezogen — Donnerwetter — dessen Tochter einen Professor — da wird Gabriel Augen machen. Er wird sich einen Strauß aus seinem Laub brechen, sich hinter eine Hecke verziehen und Tränen verlorener Liebe in die verdornten Blätter weinen.“

Der Anbau des Grünkohls

Die beste Nachfrucht, die der Gemüsegärtner kennt, ist der Grünkohl. Er muß aber längstens bis zum 5. August gepflanzt werden, weil er sonst nicht mehr genügend heranwächst und die Erntemenge die Arbeit nicht lohnt. Je früher er in den Boden kommt, um so erfreulicher fällt die Ernte aus, wenn nicht eben die übrigen Umstände ungünstig sind. Sein Anbau ist mithin ganz und gar abhängig von der Art der Hauptfrucht, die für ihn Vorfrucht ist. Gute Früchte in diesem Sinne sind für gewöhnlich Frühkartoffeln, wirklich zeitige Sorten, Erbsen, Maisküben, Sommerrettiche, die alle, wenn der Sommer leidlich ist und rechtzeitig bestellt wurde, längstens um den 20. Juli abgeerntet sind. Man könnte auch den frühen Glasföhrlabri hierher rechnen und die sehr frühen Kartoffelsorten, wie etwa den Weißkohl Maispitz, den blutroten Erfurter allerfrühesten Kartoffel. Aber das hat seine Gefahren in der Unterlassung des Fruchtwechsels, weil alle untereinander verwandt sind und sämtlich von der gefährlichen Kartoffelkrankheit befallen werden, die ansteckend ist; aber die Erbsenbeete und der Frühkartoffelacker geben ja genügend Gelegenheit zum Anbau.

Aufgang bis Mitte Juni wird der Grünkohl ausgesetzt, und zwar, wie das bei Kohl immer geschehen sollte, so dünn als möglich. Dann werden die Pflanzen so robust und kräftig, daß sie gut und schnell anwachsen und fast ohne Stützstand weitergediehen. Sofort nach dem Räumen der Vorfrucht wird tief umgegraben. Gedüngt wird nicht, höchstens, daß man Kunstdüngung gibt. Bei Stallmistdüngung oder gar Stroh, nach dem allerdings der Grünkohl sehr große Ernten ergibt, erfriert er nicht nur leicht in strengen Wintern, sondern er reicht auch unangenehm aus dem Topf. Auf ein Beet üblicher Breite entfallen drei

Reihen und innerhalb der Reihen werden die Pflanzen auf durchschnittlich 60 Zentimeter gesetzt; im Verband, d. h. derart, daß die beiden Randreihen mit ihren Pflanzen gegenüber den Lücken der Mittelreihe stehen. Großwachsende Sorten, d. h. die hohen, werden um 10 Zentimeter weiter gepflanzt, die Zwergsorten um 10 Zentimeter enger. Kommt man erst nach dem 1. August zum Pflanzen, kann in den Reihen jedesmal um weitere 10 Zentimeter engerer Stand gegeben werden. Bei den halbhohen und hohen Sorten wird gern Kopf- oder Endivien-Salat dazwischen gesetzt, oder auch Glasföhrlabri.

Wie immer im Gemüsebau, so spielt auch hier die Sortenfrage eine große Rolle. In bezug auf

die Frosthärte am empfehlenswertesten ist der Erfurter Mooskrause Zwerg. Seine Blattrosette schmiegt sich dicht dem Boden an und schon ein leichter Schneefall schützt ihn vor dem Erfrieren. Auch gewährt ihm die geringfügigen Unebenheiten des Bodens Schutz gegen die eisigen Ostwinde aber es darf auch nicht vergessen werden, daß seine Erträge weniger groß sind wie die halbhohe und hohen Sorten. Von dem Anbau der letzteren sollte eigentlich ganz absehen werden, weil sie keinerlei Vorsorge vor den halbhohen, eher Nachteile haben. Von den halbhohen Sorten ist zweifellos die beste der halbhohe grüne Mooskrause. Dann aber vorzüglich auch der Hamburger Marktblätterkohl, auch Zärchenzungen genannt, der erstere bringt aber die größeren Erträge, weil sein Laubwerk einem Bluberkopf gleicht (so einem eng geschlossenen Buschelkopf), wohingegen der Hamburger Marktkohl locker gebaut ist und seine Blätterkrone eher einer leicht aufgebauten Palme ähnelt.

Während des ganzen Sommers zeigen sich auf den Blättern des Stachelbeerstrauches gelbliche, kreisrunde Rostpilze mit erhöhtem Rande, die schließlich schwarz werden. Auf Kosten der Wurzelpflanze nehmen



Vom Gießen der Topfpflanzen.

Bedarf es da eigentlich noch einer Anweisung, wird manche Leserin fragen? Und doch ist ein kurzer Hinweis nicht von der Hand zu weisen. Erst kürzlich weißte ich bei einer Bekannten, wie die Erde in ihren Blumentöpfen aufgewühlt und zarte Wurzeln der Pflanzen bloßgelegt waren. War es da ein Wunder, wenn die Blumen trotz sonstiger Pflege nicht recht gedeihen wollten? Die Schuld allein lag am falschen „Gießen“.



Macht man es, wie Abbildung 1 („nicht so!“) zeigt, wird durch den harten Strahl, abgesehen davon, daß von dem übersprühenden Wasser mit herausgespülten Erdeilen Fenster und Blumenbrett beschmutzt werden, die Erde aufgeweckt und Wurzelwerk freigelegt und gelockert: Die Pflanze wird in ihrem Wachstum gestört, auch wenn die Erde nachher wieder angedrückt wird. Nein, „nicht so“, sondern ganz einfach soll das Wasser die Topfoberfläche überströmen, damit keine Erde überschwemmt und keine Wurzel beschädigt wird. Machde es mal so, liebe Leserin, wenn du es früher vielleicht anders gemacht hast, und deine Lieblinge werden es dir danken.)

Praktische Kirschweinbereitung.

Obstwein ist gegen ein Verderben durch Bakterien nicht nur durch den Alkohol geschützt, sondern auch durch die Fruchtsäure. Daher sind zum Kirschwein die kurzen Sorten sowie die Weißkirschkirschen zu nehmen. Vor der Verarbeitung werden die Kirschen gewaschen und möglichst von den Stielen befreit, da durch diese ein zu herber Geschmack in den Saft kommt. Dann werden die Früchte zerkleinert. Die Frage, ob dabei die Kerne mit zerstoßen werden sollen oder nicht, wird oft gerade entgegengesetzt beantwortet. Es gibt viele unter den Hausweinherstellern, die einen Kirschwein gerade wegen des Bittermandelgeschmackes lieben, der durch ein Zerkleinern der Kerne dem Wein gegeben wird. Dieser Geschmackstoff gibt aber bei seiner Aufzehrung (wie Krömer und Krumbholz beschreiben) auch freie Blausäure an den Most ab. Da Blausäure ein starkes Gift ist, wird man von einer Zerkleinerung der Kerne absehen.

*

Die durch Zerkleinerung der Kirschen entstandene Blausäure läßt man vorteilhaft, mit einer Weinhefe verfest, erst angären, dann ist der Saft leichter auszupressen. Zur Bereitung eines saßen Weines, zu dem Kirschen besonders geeignet sind, gibt man auf 1 Liter des reinen Saftes etwa 1/2 Liter Wasser und zum Liter der Mischung 300–320 Gramm Zucker. Hat man eine Zuckerspindel zur Hand, so gibt man soviel Zucker, daß etwas über 100 Grad Döhle erreicht werden. Ein guter Kirschwein bekommt einen vor wie in ähnlichen Charakter.

Siedler und Schafhaltung.

Wenn von Schafhaltung die Rede ist, denkt jeder sofort an Wolle zur Bekleidung oder an Hammelfleisch (mit grünen Bohnen). Für den Siedler kommen aber noch weitere Vorteile hinzu. Ein Schaf ist klein und kann je nach dem Ausfall der Futterernte schnell angekauft oder abgestochen werden. Es soll also die Ernährungsbasis der Kuh niemals einengen, dafür aber aus sonst nicht verwertbaren Pflanzentoffen mindestens Stallmist erzeugen. Was Schafwolle wert ist, weiß jeder Kenner.

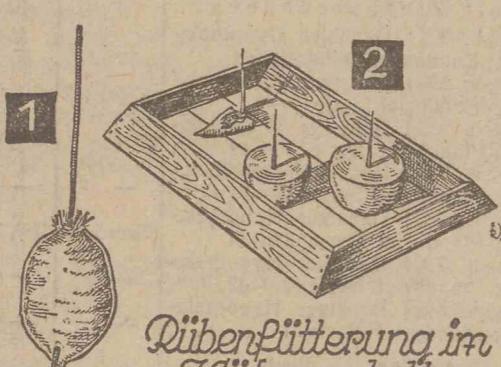
*

Das Schaf gehört von allem in solche Siedlerbetriebe, die wenig Rederessens mit ihm zu machen brauchen. Vom zeitigen Frühjahr bis zum Schnee weidet es auf Hütungen oder in Grasgärten. Ueber Winter wird es in Nutzunterkünften bei Heu, Rüben und Stroh durchgehalten. Bei seinem langsamem Wachstum lohnt es gar nicht, künstliche Kraftfutterstoffe hinzuzufüttern.

Natürlich eignen sich für solche extensiven Haltung verhältnisse weniger die schwatzköpfigen Fleischrassen oder hochwertige Merinos, sondern mehr die Landschaftrassen, z. B. das württembergische, das Leineschaf, die Heidschafe oder das Rauhwollige aus den Ostseeprovinzen.

Rübenfütterung im Hühnerstall.

Es ist zweckmäßig, den Hühnern die Rüben nicht zerkleinert zu geben, sondern in einer Form, die es den Tieren ermöglicht, von diesem kostümlichen Futtermittel täglich so viel zu sich zu nehmen als sie mögen. Eine einfache Art ist die, die Rüben im



Rübenfütterung im Hühnerstall

Schraum an einem einfachen Draht aufzuhängen (Abb. 1), und zwar so hoch, daß die Tiere daran springen müssen, um sich ein Stück herauszupicken. Auf diese Weise schaffen sie sich gleichzeitig Bewegung. Es gehen hierbei jedoch immer einige herausgepickte Stückchen verloren, indem sie in die Streu fallen und durch Verknüpfen für die Aufnahme unbrauchbar werden. Diese Verluste kann man verhüten, wenn man sich einen Kasten mit nach innen gerichteten schrägen Wänden anfertigt und die Rübenstücke darin an Nageln aufsteckt (Abb. 2).

Schorfsfall der Kartoffel.

Ungefeizt der lebensfähigen Vollernten und der gestiegenen Ansprüche der Verbraucherschaft haben schädige Kartoffelknollen keine Aussicht mehr, zum vollen Preis Abzah zu finden. Der Schorf muß also möglichst vermieden werden. Sauere Düngemittel genügen dazu nicht ganz, denn auch die Witterung und die Bodenart spielen hier eine Rolle.

Trockene und warme Sommer begünstigen nämlich die Vermehrung der Schorfzellen, ebenso leichte Infektionen, auf denen sogar der Stallmist die Schorfbildung fördert. Ebenso natürlich die notwendige Kalkgabe. Man achtet deshalb darauf, daß nur alle 2–3 Jahre 1 1/2–2 Doppelzentner Kalk auf Sandböden bei trockenem Weiter gestreut werden, am besten der Kartoffel auf den Kopf. Im ersten Sommer tritt die Schorfbegünstigende Wirkung des Kalkes noch nicht auf und in den beiden folgenden Jahren werden eben Salmfrüchte gebaut.

Wie sehr hier noch alles im Fluß ist, erhellt aus der Tatsache, daß in Holland neuerdings zur Schorfverhütung Kalksalpeter empfohlen wird, während wir (aus mehrfachen Gründen) das schwefelsaure Ammoniak vorziehen.

Hauswirtschaft und Gesundheitspflege

Frühgemüsekuren

reinigt man durch Abreiben mit einem Rhabarberblatt.

* Steinigtöpfe (auch Emaillekochköpfe) halten sich länger, wenn sie vor Gebrauch 1/4 mit Wasser gefüllt werden, dem einige Hände voll Holzsäne zugesetzt werden. Im verdeckten Topf wird diese Mischung 2 Stunden hindurch gekocht. Glasur und Emaille springen dann nicht so leicht ab. Man kann das Verfahren von Zeit zu Zeit wiederholen.

* Salz, ganz gleich ob Koch, oder Biehsalz, beim Anheizen des Ofens auf die Brennstoffe gegeben, erzielt gleich ein lebhafteres Brennen der Feuerung. Qualm und Kohlengeruch werden dadurch vermieden, ebenso das Schwefel. Infolgedessen wird die Feuerung besser ausgenutzt. Ein Löffel Salz genügt.

* Teeblätter lassen sich sehr gut ein zweites Mal verwenden, wenn man den Tee durch ein Sieb gießt und die Rückstände auf einem weißen Blatt Papier trocknet. Nach dem zweiten Aufzug können die Blätter noch zum Überkochen von Teepulken verwendet werden.

* Versalzene Speisen lassen sich entsalzen, wenn man einen neuen, ausgekochten Schwamm eine Viertelstunde hindurch mitkochen läßt.

* Kirschkerne sollen in Säcken gefüllt und angewärmt auf schmerzende, rheumatische Stellen gelegt werden. Die Schmerzen werden dadurch bedeutend gemildert.

* Rhabarberpudding. Man verröhrt 200 Gramm Butter zu Sahne, fügt allmählich unter beständigem Umrühren 5 Eigelotte, 250 Gramm geriebene, gesiebte Semmel, 75 bis 80 Gramm feinen Zucker, einen tiefen Teller voll verschneiten, vorher mit viel Zucker und etwas Zitronenschale weich gekochten Rhabarber, etwas Zimt, 80 Gramm Korinthen und den steif geslagenen Eiern zu.

Irrwege der Roosevelt'schen Aufbaupolitik

Die Londoner Weltwirtschaftskonferenz befindet sich mitten in einer Krise. Die Weigerung des Präsidenten Roosevelt, dem von den Sachverständigen Großbritanniens, Amerikas und Frankreichs ausgearbeiteten Plan eines vorläufigen Währungswaffensstillschlages seine Zustimmung zu erteilen, hat die Hoffnungsschimmer, die durch die Kriegsschuldenregelung und den im Werden begriffenen Währungsfrieden überall aufgeleuchtet waren, wieder stark verdunkelt.

Die Weltwirtschaftskonferenz steht heute fast genau an der gleichen Stelle, wo sie am 12. Juni begann.

Man tastet im Finstern und findet keine Marschroute, die zu einem Ziele führt. Die Weigerung der Vereinigten Staaten, der Dollarstabilisierung zuzustimmen, wird einmal damit motiviert, die U. S. A. seien nicht willens, sich die Preispolitik im Inlande von ihr durchkreuzen zu lassen, zum andern lehnen es die Amerikaner ab, ihre taktische Machtstellung in handelspolitischen Fragen preiszugeben.

Die Dollarstabilisierung soll also mit anderen Worten so hoch wie möglich verkauft werden, und auch nur dann, wenn die innere Ankrübelung dadurch nicht berührt wird.

Verucht man, sich in die volkswirtschaftlichen Gedanken-gänge der amerikanischen Regierung hineinzufinden, so stößt man auf eine Reihe von Widersprüchen. Ihr Vorhandensein ist zwar angesichts des Mangels an Erfahrung in der Krisenbekämpfung bei den Amerikanern verständlich, trotzdem müssen sie so schnell wie möglich verschwinden; denn sonst gerät die Union und mit ihr der Welt-handel in eine Sackgasse, aus der es kein Entrinnen mehr gibt.

Die Theorie, mit Hilfe einer Abwertung des Dollars das Preisniveau fortgesetzt haben zu können, oder die Notierungen doch wenigstens auf einer bestimmten Höhe zu stabilisieren, die noch beträchtlich über der heutigen liegt, läßt sich mit der Praxis nicht in Einklang bringen.

Die Ereignisse der letzten 20 Jahre lehren immer wieder, wie kurzlebig derartige Experimente sind. In dieser Hinsicht ist Deutschland ein klassischer Zeuge. Während der schlimmsten Inflation in den Jahren 1922 und 1923 zeitigte die Entwertung des Geldes nur vorübergehend wirtschaftliche Erfolge. Sie gingen in dem Augenblick verloren, wo überstürzte Anschaffungen von Sachwerten diese, auch in Gold berechnet, weit übertrauen. Außerdem ist bei den U. S. A. noch in Betracht zu ziehen, daß die dortigen Preise und Löhne sehr stark reagieren, mit ihnen sich alles sehr schnell den veränderten Verhältnissen oder richtiger dem Dollarsturz anpaßt. Die Amerikaner werden einwenden, ihnen sei ja gerade daran gelegen, hohe Preise und hohe Löhne zu erreichen, um mit ihrer Hilfe die "Prosperity" wieder aufzurichten.

Wer sich derartige Ziele stellt, muß auch konsequent seinen Weg gehen und darf nicht in London erscheinen und das hohe Ziel von der Notwendigkeit des Welthandels fingen. Professor Moley, der mit Roosevelt'schen Instruktionen zur Weltwirtschaftskonferenz kommt, hat vor einiger Zeit seinen Landsleuten

die Politik einer Abschließung gegenüber Europa

empfohlen. In einer solche Ideenwelt paßt das Experiment, das jetzt der amerikanische Präsident durchführt. Er muß sich nur darüber im Klaren sein, daß er damit auch die letzten internationalen Handelsläden zerstört und für kurze Zeit eine "glückliche Insel" in einem Meer von Elend aufrichtet. Gewiß, die amerikanische Wirtschaft segt 80 bis 90 Prozent ihrer Produktion im Inlande ab und nur 10 bis 15 Prozent finden den Weg über die Landesgrenzen. Auf der anderen Seite bilden die U. S. A. die zweitgrößte Gläubigernation der Welt. Da man dort bereits einzuführen beginnt, daß die internationalen Schulden nur mit Gütern (Waren) bezahlt werden können, so müssen für solche auch Käufer vorhanden sein. Jede Verschlechterung des Dollar-kurses schlägt aber die Union hermetisch von Warenbezügen ab. Unter diesen Umständen erscheint der jetzt als Privatarbeit bezeichnete Vorschlag der Union eines 10 prozentigen Zollabbaus und einer Gemeinschaftsarbeit aller Kulturröder zur Meisterung der Not unverständlich. Nach den neuesten Feststellungen des Wölkerbundes gibt es zurzeit in der Welt 31 Millionen Arbeitslose und mit den Familien fast 100 Millionen Menschen, die aus dem Erzeugungsprozeß geworfen sind und auf Lohn und Brot warten...

Nicht nur in Worten, sondern auch in ihren Taten sind die U. S. A. inkonsistent.

Die amerikanischen Exporteure forderten von ihrem Präsidenten in den letzten Tagen eine Abwertung des Dollars um 30 Prozent, um den Vorsprung des britischen Imperiums in währungstechnischer Hinsicht aufzuholen. Den Bätern des Gedankens ist dabei nur ein Fehler unterlaufen: Sie haben die Reagibilität des amerikanischen Preises und Lohnniveaus nicht genügend in Rechnung gestellt und die Stärke der englischen Löhne und Preise außer Acht gelassen. Ein Blick auf die Entwicklung der Lohnsätze seit Abwenden Großbritanniens vom Goldstandard und auf diejenige der Union seit Abseh von der Goldparität beweist, wie verschieden die Dinge in beiden Ländern verlaufen und wie wenig sie auf einen Nenner zu bringen sind. Die Löhne in den U. S. A. stiegen seit Aufgabe der Goldwährung um 11,5 Prozent, das heißt, sie haben sich dem Dollarverfall, wenn auch nicht gänzlich, so doch weitgehend angepaßt. Ganz anders liegen die Dinge in England. Der tarifliche Wochenlohn des Arbeiters betrug im September 1931 (1924 = 100 gesetzt) 97,7 Prozent. Am 19. September 1931 gab Großbritannien die Goldwährung auf, und trotzdem beträgt auch heute der tarifliche Wochenlohn durchschnittlich nur 96,4 Prozent. Die Entwertung des Pfund-Sterling-Kurses blieb also auf die Beziehungen des englischen Arbeitnehmers ohne jeden Einfluß. Unter diesen Umständen konnte der britische Exporteur erhebliche Vorteile aus der Entwicklung ziehen, zumal der anhaltende Deflationsprozeß das Preisniveau für die Rohstoffe unter Druck hielt.

In einer ganz anderen Lage ist sein amerikanischer Konkurrent. Ihm laufen die Rohstoffe und die

Löhne so schnell fort, daß die Verbienstspalte durch den Dollarverfall nur ganz vorübergehend wächst. Präsident Roosevelt steht auf dem Standpunkt, seine vornehmste Aufgabe bestrehe darin, das in der Union nicht gezählte Millionenheer der ruhenden Hände wieder in den Produktionsprozeß einzuführen. Er will ferner mit Hilfe des Preisauftriebs für Waren die Wirtschaft wieder herstellen, in der Annahme, daß die natürlichen Investitionen der Wirtschaft dem Arbeitsmarkt einen Auftrieb geben werden. Soweit findet das Programm den ungefeilten Beifall der ganzen Welt. Die Mittel jedoch, mit denen er dieses Ziel anstrebt, sind mehr als bedenklich. Der amerika-

nische Präsident hat beim Abrücken des Dollars vom Goldstandard einen Weg beschritten, um den ihn keiner benedet. Schon drängt die mächtige Schuldnergruppe nach einer weiteren Entwertung des Dollars, und es dürfte nicht lange dauern, bis sich der Wunschzettel in der Union vergrößert. Damit geraten die Vereinigten Staaten in das Getriebe ihres eigenen laufenden Bandes. Wohin überreute Preise und Löhne führen, hat die Welt schauern während der Jahre 1929 bis 1933 erlebt, als das Kartenthaus mit lautem Getriebe zusammenbrach. Vielleicht glaubt man im Weißen Hause zu Washington den Auftrieb im richtigen Augenblick bremsen zu können. Ein solches Vorhaben wäre möglicherweise durchführbar, wenn eine internationale Verständigung den U. S. A. die Weltmarkt eröffnen würde. Wie die Dinge sich aber jetzt entwickeln, sehen sie nach einer Seifenblase aus. Sie muß in demselben Augenblick zerplatzen, wo das Schettern der Londoner Konferenz die Wellen des Misstrauens wieder aufwühlt und sie auch gegen die Tore der neuen Welt peitscht.

„Der Handel soll nach Gdingen gehen“

Der zweite Abschnitt der polnischen Seepolitik zu Ungunsten Danzigs.

Über die handelsmäßige Entwicklung Gdingens macht der Präsident der kaufmännischen Verbände Polens (und Mitglied der internationalen Handelskammern), Hörse, in der "Gazeta Handlowa" einige grundslägliche Feststellungen. Er geht davon aus, daß der erste Abschnitt in der Geschichte Gdingens mit dem Ausbau des Hafens und der Errichtung von Umschlagseinrichtungen und Magazinen beendet sei. Die Politik der Seepräferenz-Zölle und der Eisenbahntarife in der Richtung nach den Häfen bewirkt zugleich die Umstellung der Verkehrswege des polnischen Außenhandels. Die auf diesem Gebiete erzielten Resultate seien unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen als vorzüglich anzusehen. Man dürfe indessen nicht übersehen, daß diese Resultate erst die Voraussetzungen geschaffen haben, um den Gdinger Hafen zu der Bedeutung zu erheben, die man in Polen in ihm zu erblicken pflegt.

Es sei nämlich erforderlich, daß parallel mit der technisch-verkehrsmäßigen Entwicklung des Hafens auch die Ausgestaltung des im Hafen anfänglichen Seehandels zu erfolgen habe.

Eine Änderung der Konjunktur, eine Verschärfung der Konkurrenz seitens der benachbarten Häfen könnte eines Tages eine Abwanderung der Transporte von Gdingen bewirken, sofern diese nicht mit stärkeren Banden als dem bloßen Vorhandensein von Schiffslinien an den polnischen Häfen geknüpft sind.

Dieses Instrument, das geeignet sei, die Stellung Gdingens zu festigen, sei der ortsansägige Handelsapparat, dessen Aufgabe auf der einen Seite die Verteilung des Imports an den Großhandel des eigenen und fremden Hinterlandes, auf der anderen Seite die feinfühlige dirigierung des polnischen Exports nach den ausländischen Märkten sei. Mit dem Lösungswort,

„der Handel soll nach Gdingen gehen“

beginne daher der zweite Entwicklungsabschnitt des Hafens, dessen Realisierung weit schwerer werden dürfte, als die bloße Errichtung und der Ausbau des Hafens. Es sei bezeichnend für die Erkenntnis der Bedeutung dieser Fragen in Regierungskreisen, daß von 32 seitens der Gdinger Wirtschaftskreise eingebrochenen Anträgen über den handelsmäßigen Ausbau Gdingens, die dem unter dem Vorsitz des Handels-

ministers Jarzycki tagenden Ausschuß für Gdinger Handelsfragen vorgelegt worden waren, mehr als die Hälfte unverzüglich in gesetzliche Ausführungsbestimmungen umgewandelt wurden; von den übrigen sind nur drei Anträge abgelehnt worden, während über die anderen noch beraten werden soll.

Rekordverkehr des Memeler Hafens.

Der Memeler Hafen, der schon im vorigen Sommer eine starke Verkehrszunahme aufwies, hat auch in diesem Jahre seit April zunehmend Verkehrszzahlen. Der Mai brachte den größten Eingangsverkehr, der Memel bisher in einem Monat erreicht hat. Es liefen ein im Mai 111 Schiffe mit 64 719 To. gegen 43 382 To. 1932; im April 88 Schiffe mit 29 275 To. gegen 25 089 To. 1932. Der vor dem besten Monat war für Memel der August 1932 mit fast 63 000 To. Die starke Zunahme im diesjährigen Mai beruht hauptsächlich auf dem großen Durchgangsverkehr für Ostpreußen, geht also zum Teil auf Kosten Königsbergs, wogegen der litauische Umschlag über Memel knapp so groß ist wie 1932. Im Mai kamen für Ostpreußen über Memel etwa 14 000 To. Papierholz, große Mengen Kalksteine und sogar etwas Kohlen. Die Memeler Kohlenausfuhr war mit 12 900 To. fast zehnmal so groß als im Mai 1932, auch die Einfuhr von russischem Rundholz war mit über 15 000 To. viel größer als i. B. Sehr groß war außerdem die Einfuhr von Cement und Dingenmittel. Die Schnitholzausfuhr betrug über 11 000 To., die Ausfuhr von Bacon mit über 1700 To. war ungefähr ebenso groß wie 1932, sogar die Ausfuhr von Butter hat mit 695 To. zugenommen.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten 117,50—119,50; Dollarnoten Kabel Newyork 4,15—4,20, Pfund Scheid London 17,40—17,45.

Danziger Devisen	21. 6.	20. 9.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	—	—
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	57,47	57,59
Warschau 100 Zloty	57,47	57,47
New York 1 Dollar	—	—
Berlin 100 RM.	—	—
Paris 100 fr. Frank.	20,17	20,21
Helsingfors 100 fm.	—	—
Stockholm 100 Kr.	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—
Oslo 100 norw. Kr.	—	—
Amsterdam 100 hfl.	—	—
Zürich 100 Franken	99.	99,20
Brüssel/Antwerpen	—	—
100 Belga	71,53	71,67
Wien 100 Schilling	—	—
Prag 100 Kr.	—	—

Noten:	Poln. Noten 100 Zloty	5,61	57,49	57,61
Dollar-Noten I.	—	—	—	—
von 5—100 1 Dollar	—	—	—	—
Reichsmark (100 RM.)	—	—	—	—

Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert

21. 6. 33 20. 6. 33

Berliner Effekten

21. 6. 20. 6.

Deutsche Anl.-Auslös.-Sch.	76.—	75% _s
einschl. ½ Ablös.-Sch. Nr. 1—90 000	—	—
Dtsch. Anl. Ablösungssch. ohne	11,50	15% _s
Auslösungsschein	51.—	51.—
Commerz- und Privat-Bank	59,50	60.—
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellsch.	47.—	47.—
Dresdner Bank	—	142,625
Reichsbank	—	17% _s
Hamburg-Amerika-Linie	17.—	28,50
Hamburg-Südamerika-Linie	17,625	18% _s
Norddeutscher Lloyd	24.—	24% _s
A. E. G.	114.—	116.—
Berliner Kraft- u. Lichtzentrale	72,75	75,75
Buderus Eisenwerke	76.—	79.—
Charlottenburger Wasserwerke	113,75	116% _s
Dessauer Gas	110.—	110% _s
Elektr. Licht und Kraft	127.—	132,25
I. G. Farbenindustrie	60,50	64,50
Feldmühle Papier	60.—	61.—
Gelsenkirch. Bergwerk	92,50	93,7% _s
Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co.	49,25	50,1% _s
Th. Goldschmidt	100,375	104,50
Harpener Bergbau	55.—	57,25
Philip. Holzmann	63,50	66.—
Mannesmannröhren	22,50	24,1% _s
Mansfelder Bergbau	78.—	81.—
Oberschlesische Kokswerke	37,75	39,25
Phönix Bergbau	57,50	59,50
Rüterswerke	110,50	113,75
Schuckert & Co.	21,125	21,25
Leonhard Tietz	45,50	48,75
Zellstoff Waldhof	—	—

21. 6. 20. 6.

Geld Brief Geld Brief

Diskontsätze	21. 6.	20. 6.
Buenos Aires 1 Pes.	0,928	0,932
Kanada 1 Canad. St.	3,092	3,098
Japan 1 Yen	0,884	0,896</td

Die ersten Amtshandlungen des neuen Senats

Die Nationalsozialisten Post und Gerber aus dem Gefängnis entlassen.

Am Dienstag, unmittelbar nach der Beendigung der Vollstagsitzung, trat der neue Senat zu seiner ersten Sitzung zusammen. In ihr wurde neben einer Beratung des inzwischen eingebrochenen neuen Ernächtigungsgesetzes (das wir an anderer Stelle veröffentlichten) als erste Maßnahme die Beurlaubung der im Gefängnis sitzenden Nationalsozialisten Post und Gerber beschlossen. Am Mittwoch vormittag hat der Senat dann offiziell die Geschäfte übernommen.

Nach dem Beschluss des Senats wurden die beiden Nationalsozialisten Post und Gerber, die bekanntlich wegen der blutigen Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Silvesternacht 1931 im "Böttchergarten" Zoppot, in deren Verlauf ein kommunistischer Arbeiter getötet worden war, als Täter zu längeren Freiheitsstrafen rechtskräftig verurteilt worden waren, aus der Haft entlassen. Zu ihrem Empfang hatten sich der Oberführer Linsmayer, Standartenführer Dr. Marnitz, andere Führer der NSDAP, sowie eine Kapelle am Gefängnis eingefunden. Post und Gerber nahmen dann an dem Fackelzug der SA teil.

Die Übernahme der Polizeifunktionen durch Senator Greiser.

Im Sitzungssaal des Polizeipräsidiums fand Dienstag abend die feierliche Übernahme der Polizeifunktionen durch den neu gewählten Innensenator Greiser statt. Der kurzen Feier wohnten u. a. Polizeipräsident Frohß, Regierungsrat Dr. Darßen, Erster Staatsanwalt Mühl, die Abteilungsleiter der Verwaltungspolizei und der Kriminalpolizei sowie sämtliche Offiziere der Schutzpolizei, soweit sie selbständige Formationen führen, bei.

Senator Greiser wurde von Polizeipräsident Frohß begrüßt und gab dann in einer kurzen Ansprache der Erwartung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit Ausdruck.

Hauptmann Bethke von der Schutzpolizei bestellte er als seinen Adjutanten und Referenten für Angelegenheiten der Schutzpolizei beim Senat.

Der neue Senatspräsident vor den Beamten des Senats

In Erwartung des neu gewählten Senatspräsidenten Dr. Rauchning versammelten sich Mittwoch mittag die im Senatsgebäude tätigen Beamten und Angestellten des Senats mit ihren Referenten im großen Senatsitzungssaal. Namens der Beamten und Angestellten schreibt der dienstälteste Beamte, Oberregierungsrat Dr. Böttcher, den Präsidenten und versicherte ihm die Treue der Beamten und Angestellten. Präsident Dr. Rauchning nahm diese Versicherung mit dem Dank entgegen und sprach seine Hoffnung auf ein gutes Zusammenarbeiten aus. Landgerichtspräsident v. Haagen wies auf die alten Vorbilder des Beamtenamtes hin und versicherte, daß jeder einzelne sein Bestes an Pflichterfüllung geben werde. Der Leiter der Fachschule, Regierungsoberinspektor Weiß, begrüßte im Namen der Fachschule den Präsidenten und gab der Freude Ausdruck, daß die Bünde der nationalsozialistischen Beamten und Angestellten in Erfüllung gegangen seien.

Offizielle Besuche des neuen Senatspräsidenten

Der neu gewählte Senatspräsident Dr. Rauchning stattete im Laufe des Mittwoch dem deutschen Generalstall, Freiherrn von Thermann, dem Höhenkommissar des Volksbundes, Helmer Rosting, dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Papé, dem Doyen des Diplomatischen Korps, dem Präsidenten des Hafenausschusses, Beninger, dem Präsidenten des Volksstages und dem Vorsteher der Stadtbürgerschaft einen offiziellen Besuch ab. Die Besuche werden im Laufe des heutigen Tages erwartet.

Senatspräsident Rauchning und das Deutsche in Posen.

Zur Bildung der neuen Regierung in Danzig schreibt das "Posener Tageblatt" u. a.: "Vor allem sind wir mit dem neuen Senatspräsidenten Dr. Rauchning durch seine jahrelange Tätigkeit in Posen als Begründer und Leiter der Deutschen Bücherei und der Historischen Gesellschaft, als Gründer und Herausgeber der Deutschen Blätter in Polen und als Leiter des Deutschen Kulturausschusses verbunden. Er hat nach langer mühseliger Sammeltätigkeit und Kleinarbeit die Grundlagen für die Posener Deutsche Bücherei geschaffen, sie organisiert und zu dem gemacht, was sie heute ist — die Zentrale des deutschen Geisteslebens in Westpolen und darüber hinaus. Die Aufgabe in den Deutschen Blättern in Polen wurden für den geistigen und kulturellen Aufbau des Deutschen in unserem Lande grundlegend. Um das Deutsche in Posen und um das kulturelle Leben in der Stadt Posen hat sich der neue Danziger Senatspräsident verdient und einen Namen gemacht."

Die polnische Presse und die Danziger Regierungsbildung.

Die polnische Presse schweigt noch immer zu der Regierungsbildung in Danzig. Sie beschränkt sich darauf, die reinen Tatsachen berichtie der amtlichen Polnischen Telegraphenagentur zu bringen, die keinerlei Stellungnahme enthalten. Auch die Rede des Gauleiters Forster wird in der polnischen Presse nicht kommentiert.

Gewisse Befürchtungen sind ausschließlich durch die Neubücher gegeben. So überschreibt "Express Poranny" den Bericht: "Zum ersten Male seit dem Vertrag die deutsche Nationalhymne im Volkstag der Freien Stadt Danzig". Aehnliche Neubücher bringen auch der "Kurier Poranny" und andere Warschauer Boulevard-Blätter, während die offizielle "Gazeta Polska" selbst in der Neubücher nicht rückhaltend bleibt und schreibt: "Nach der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten in Danzig".

* Zum Amtsvorsteher-Stellvertreter ernannt. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat den Rektor Clemens Pohlmann zu Brentau zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Brentau auf die Dauer von sechs Jahren, und zwar vom 1. Juni 1933 bis 31. Mai 1939 einschl. ernannt.

Um die Pensionsrechte der Danziger Eisenbahner

Unhaltbare Zustände, die eine Vereinigung verlangen.

Uns wird geschrieben:

Die Danziger Eisenbahner kommen nicht zur Ruhe. Kaum sind die Auswirkungen der Besoldungs- u. Pensionskürzungen der letzten Jahre einigermaßen überstanden, kaum haben sich die Eisenbahnpensionäre den veränderten Verhältnissen zur Not angepaßt, schon treten wieder neue Kürzungen der Pension ein; diesmal jedoch in einem Ausmaße, die nicht mehr als tragbar bezeichnet werden können.

Mit Recht fragt man sich, wie solche dauernden Veränderungen der Pensionsverhältnisse der Danziger Eisenbahner möglich sind, wo doch in Danzig eine gewisse Stabilität in den Besoldungs- und Pensionsbestimmungen eingetreten ist. Die Antwort ist leicht, wenn man einmal

die eigenartigen Rechtsverhältnisse der Danziger Eisenbahner

beachtet, andererseits die polnische Beamtenregelung insbesondere vom Standpunkt der Personalpolitik aus betrachtet. Die Danziger Eisenbahner unterstehen in erster Linie den polnischen Personalbestimmungen und damit auch der polnischen Besoldungs- und Pensionsgesetzgebung. Sie haben außerdem auf Grund des Danziger-Polnischen Abkommens vom 22. Oktober 1921 gewisse Vergleichsrechte mit dem Danziger Gesetz, die dann noch verschiedenartig gelagert sind, je nach dem in welchem Verhältnis sich der Eisenbahnbetrieb am Tage der Übernahme in den polnischen Staatsseisenbahndienst gerade befand.

Hieraus ergibt sich, daß die Eisenbahnen alle Veränderungen der Danziger Gesetze ebenso mitmachen müssen, wie die Veränderungen der polnischen Gesetze.

Überflüssig zu sagen, daß die Eisenbahnen in den letzten Jahren nicht gerade als ruhig zu bezeichnen sind. Hierbei muß noch besonders herausgestellt werden, daß die Veränderungen sofort mit gemacht werden mussten, während die Verbesserungen immer lange auf sich warten ließen. Bezeichnend für diese Sachlage ist die Tatsache, daß die unteren Eisenbahnen bis heute noch nicht in den Genuss der Besoldung gekommen sind, die ihnen auf Grund des Danziger Besoldungsgesetzes vom 19. Oktober 1921 zusteht.

Die zahlreichen Aenderungen, insbesondere in der polnischen Pensionsgesetzgebung, finden ihre Erklärung darin, daß der polnische Staat den Begriff eines Beamtenrechts, wie er insbesondere in Deutschland im Laufe der Jahrhunderte entstanden ist, nicht kennt und daher die Erfahrungen auf diesem Gebiet erst in der finanziellen Auswirkung der einzelnen Gesetze jammern muß.

Bestimmungen, die in Deutschland längst als unsozial oder unpraktisch erkannt und daher abgeschafft oder geändert wurden, finden wir bei der polnischen Gesetzgebung heute noch vor. Die Leidtragenden dieser Experimente in der polnischen Beamtenregelung sind die beteiligten Beamten, insbesondere aber die Danziger Eisenbahnen, die auch noch die Aenderungen der Danziger Gesetze mitmachen müssen und auch noch im Rahmen der polnischen Gesetze eine Sonderstellung eintreten.

Eine große Anzahl von Eisenbahnpensionären haben im Laufe der letzten Jahre, wie man an Hand einer Aufstellung der Aenderungen der Besoldungen hervor, Pensionsen, denen die Danziger Eisenbahnen in

den letzten Jahren unterworfen waren, leicht feststellen kann, 20 bis 60 Prozent ihrer bisherigen Ruhebezüge eingebüßt. Das polnische Pensionsgesetz sieht Gewährung von Kindergeldern nicht vor. Unter normalen Umständen ist das Fehlen dieser sozialen Fürsorge nicht weiter schlimm, da ein Pensionär in den meisten Fällen unversorgte Kinder nicht hat. Die Ausnahmen der polnischen Eisenbahnenverwaltung (s. Sonderkapitel für sich) haben aber dazu geführt, daß zahlreiche Eisenbahnbeamte im jugendlichen Alter zwangsponiert wurden und noch eine große Familie zu unterhalten haben.

Es gibt Eisenbahnpensionäre mit 5 und mehr Kindern, die an Pension weniger beziehen, als sie sonst Erwerbslosenunterstützung beziehen würden.

Dass unter diesen Umständen die Unruhe und Not unter den Eisenbahnpensionären einen gefährlichen Höhepunkt erreicht hat, ist erklärlich und sollte der Danziger Regierung Veranlassung geben, sich gründlich mit der Rechtslage der Eisenbahnpensionäre zu beschäftigen, um weiteren unsocialen Maßnahmen der polnischen Eisenbahnenverwaltung Einhalt zu gebieten.

Besonders die Gleichschaltung mit den Bezügen in Warschau hat nicht nur den größten Schaden angerichtet, sondern auch die größte Erbitterung hervorgerufen.

Es ist kein Zufall, daß die Schaffung des neuen polnischen Pensionsgesetzes mit dieser unehrenwerten Bestimmung zeitlich mit dem Versuch der Einführung der Zlotywährung in Danzig zusammenfällt. Die dieser Bestimmung unterstehende Behauptung, daß die Lebensverhältnisse in Warschau und Danzig gleich seien, wird von prominenten Vertretern der Danziger polnischen Minderheit selbst bestritten. Wer die Wahlplakate der Liste 9 aufmerksam las, der konnte feststellen, daß die Lebenshaltung in Polen in Zloty so gering ist, daß sie höchst billiger ist, als in Danzig in Gulden.

Oder sollte der Abgeordnete Moczyński bewußt die Unwahrheit gesagt haben? Vielleicht interessiert sich Herr Dr. Moczyński einmal wieder für seine Behauptungen. Seine Wähler, soweit sie in Eisenbahnkreisen zu suchen sind, werden ihm gewiß dankbar sein.

Aus all den geschilderten Tatsachen muß aber festgestellt werden,

dass es auf die Dauer untragbar ist, Danziger Staatsangehörige der polnischen Gesetzgebung auszuliefern, nur weil die Eisenbahnen im Gebiet der Freien Stadt Danzig zufällig unter polnischer Verwaltung gestellt worden sind.

Die Organe des Volksbundes haben mit diesem Schritt bestimmt nicht gewollt, daß die Eisenbahnen bestimmt dauernd beunruhigt werden und vor lauter Sorgen um die Zukunft Lust und Liebe zu ihrem an sich nicht leichten Dienst verlieren. Sobeit Regierung wußte bisher die Eisenbahnen zu finden, wenn es darauf ankam, in steuerlicher Hinsicht etwas von ihnen herauszuholen (siehe Feststellungsteuer). Die Eisenbahner erhoffen u. a. auch von der neuen Regierung, daß sie sich mit besonderem Interesse annehmen und sie vor Maßnahmen der polnischen Verwaltung schützen, die geeignet sind, die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner nicht nur zu gefährden, sondern auch auf das Schwerste zu erschüttern.

Der vorläufige Polizeibericht über die Wiener Bombenanschläge

Der offizielle deutsche Contra-Dienst berichtet aus Wien: Der heute veröffentlichte erste Polizeibericht über die Wiener Bombenanschläge wird auch von der Polizei nur als ein vorläufiger Teilbericht bezeichnet, dem Ende der Woche erst ein Gesamtbericht folgen soll. Außer zahlreichen Lüden und Unschärfen fallen im Bericht die mehrfachen Hinweise auf, daß nähere Angaben noch nicht veröffentlicht werden können. Der Anschlag auf das Kaufhaus "Salz" soll, diesem Bericht zufolge, von dem Kraftwagenführer Otto Zonne, der sich selbst der Polizei stellte, gemeinfach mit mehreren anderen ausgeführt worden sein. Einer davon, ein Ernst Hoppach, sei ein SS-Mann. Der Fall mit dem Zweierlegergesetz Hutter sei noch nicht klargestellt, daß Einzelheiten noch nicht gebracht werden können, irgendwann wird im Bericht behauptet, daß reichsdeutsche Nationalsozialisten in einem großen Minerva-Wagen mit Berliner Kennzeichen nach Wien gekommen seien und mit dem Führer der Wiener SS. Besprechungen über Bombenanschläge abgehalten hätten. Der Anschlag auf das Café "Produktionsbüro" soll, dem Polizeibericht zufolge, von einem gewissen Ziegler, der SS-Scharführer sein soll, befohlen worden sein. Ziegler sei flüchtig.

Ein spät abends ausgegebener zweiter Bericht der Wiener Polizei über die Anschläge der letzten Zeit enthält noch die Behauptung, daß im Besitz eines der verhafteten SS-Männer ein Plan einer Wiener Rächer gesucht wurde. Der Plan habe zur Vorbereitung eines Waffentreibes dienen sollen. Die erbeuteten Gewehre sollten einer SS-Staffel übergeben werden. Zum Schluß wird in dem Bericht behauptet, es sei als sicher anzunehmen, daß die Anschläge nach einem vorher bestimmten Plan durchgeführt würden und daß sie auf die Anstiftung ausländischer Nationalsozialisten zurückzuführen seien.

Wegen Verbreitung von Greuelnachrichten verhaftet.

ENB. Breslau, 21. Juni. Amtsgerichtsrat Dr. Freund ist mit seiner Frau wegen Verbreitung von Greuelnachrichten in der Tschechoslowakei von der hiesigen Polizei verhaftet worden.

Der frühere Oberpräsident von Niederschlesien im Konzentrationslager.

Berlin, 21. Juni. Der frühere Oberpräsident von Niederschlesien, Lüdemann, der in Berlin verhaftet wurde, ist ins Breslauer Konzentrationslager eingeliefert worden.

Kaplan „wegen staatsfeindlicher Tätigkeit“ verhaftet.

WTB. Düsseldorf, 22. Juni. In Düsseldorf wurde gestern der katholische Kaplan Dreher von der Polizei in Haft genommen und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Er steht im Verdacht, sich staatsfeindlich betätigt zu haben.

Schließung des Stahlhelm-Arbeiterlagers in Kottbus.

WTB. Kottbus, 22. Juni. Bei einer polizeilichen Durchsuchung des hiesigen Stahlhelm-Arbeiterlagers wurden zwölf Militärgewehre und mehrere Militärtellengewehre beschlagnahmt. Der Führer des Lagers wurde in Schutzhaft genommen. Auch das Stahlhelmheim und die Geschäftsstelle wurden durch SA. befreit und die Führer in Schutzhaft genommen. Das Lager wurde polizeilich geschlossen.

Die Durchsuchung des Lagers erfolgte, weil sich marxistische Elemente eingeschlichen hatten.

Eine Ausstellung von Zeichnungen des Danziger Malers Gustav Pfahl.

Am Sonntag, den 18. Juni wurde im Landesmuseum im Raum 10 eine Ausstellung von neuen Aquarellen und Federzeichnungen des bekannten Danziger Malers Gustav Pfahl aus Schönbaum eröffnet. Die schönen Aquarelle, die hauptsächlich Werdenlandschaften darstellen, bringen uns die Reize dieser Landschaft lebendig nahe. Auch die Federzeichnungen, von denen Postkarten im Verlag der Danziger Verlagsgesellschaft erschienen und zum Preise von 15 Pf. im Buchhandel und an der Kasse des Landesmuseums zu haben sind, zeigen Bauerngehöfte, Kirchen, z. T. bereits verschwundene Mühlen u. a. m. aus dem Danziger Werder.

* Aufhebung von Mieteinigungsämtern. Auf Grund des § 10 Abs. 2 Biff. b der Bekanntmachung zum Schutz der Mieter vom 29. Dezember 1920 (G.B. S. 11) in der Fassung der Verordnung vom 8. März 1932 (G.B. S. 138) werden die Eingangsstellen für den Bereich der Stadtgemeinde Zoppot und der Kreise Großes Werder, Danziger Höhe und Danziger Niederung mit dem 1. Juli 1933 aufgehoben und ihre bisherigen Befugnisse den örtlich zuständigen Amtsgerichten übertragen.

Endlich warmer Sommerwetter.

Wetterübersicht: Starler Druckanstieg über Finnland und dem Baltikum hat die Tiefdruckfurche nach Südwesent abgedrängt. Der Temperaturverteilung entsprechend, wird der über Nordwest- und Mitteldeutschland liegende Tiefdruckrumpf voraussichtlich nordwestwärts ziehen, ohne unser Gebiet zu berühren. Ein südlich der Alpen gelegener Kern könnte jedoch auf seinem Zuge nach Norden später Gewitterneigung bringen.

Weiterwetterlage für heute nachmittag: Meist heiter, wärmer, schwache bis mäßige östliche Winde.

Freitag: Wetter heiter, weiterer Temperaturanstieg, später Gewitterneigung, schwache bis mäßige östliche bis südöstliche Winde.

Standesamt I. Danzig.

Todesfälle: Witwe Julianne Wolf geb. Palm, 72 J. — Anna Kreft geb. Helm, ohne Beruf, 49 J. — T. des Konditors Erich Klein, 7 J.

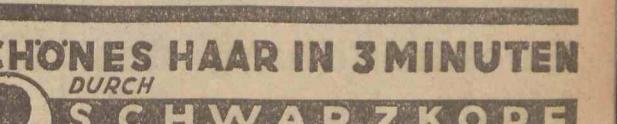
Kirchliche Anzeigen.

St. Marienkapelle (Niederstadt). Freitag, 23. Juni (Herz-Jesu-Fest); 9 Levitanamt mit Generalkommunion für die Mitglieder der Herz-Jesu-Bruderschaft und nachm. 4 Uhr Vesperandacht. Geistpredigt und Prozession; anschließend Aufnahme neuer Mitglieder in die Herz-Jesu-Bruderschaft.

Gaußschiffleiter: Franz Steffen. Gaußschiffleiter für Kulturreisen, Politik und Feuerlösch: Für Wirtschaft, Handel, Theater, Polen, Nachbarschaften, Vermögens: Dr. Leo Hertel. Für Lokale, Kreisstaatstribünen: Bruno Baumann. Für Anzeigen und Geschäftliches: Bruno Alberg. Sämtlich in Danzig.

Gerausgeber: Westpreußischer Verlag, Wittenberg, Altmark; Direktor G. Kühn. Für Verlag und Druckerei (Wittenberg, Altmark) am Saarste 2.

SCHÖNES HAAR IN 3 MINUTEN DURCH SCHWARZKOPF TROCKEN-SCHAUMPON



Aus dem deutschen Osten

Krankenkassen-Standort in Marienwerder.

Marienwerder. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden Verfehlungen aufgedeckt. Aus der Fülle der Korruptionsfälle ist hervorzuheben, daß bei dem 1926 mit 150 000 M. Kostenaufwand durchgeföhrten Krankenkassen-Neubau erhebliche Differenzen bei der Rechnungslegung festgestellt wurden.

Oberlandesgerichtspräsident Karge-Marienwerder.

Marienwerder. Oberlandesgerichtspräsident Chr. K. Marienwerder ist auf seinen Wunsch zum 1. August an das Landesprüfungsamt Berlin verlegt. Sein Nachfolger ist der bisherige Kammergerichtsrat Karge.

5000 Stahlhelmer in Braunsberg.

Braunsberg. Der Stahlhelm veranstaltete am Sonntag ein Treffen, an dem 5000 Stahlhelmer der Nachkriegszeit aufmarschierten. Der Landesführer Major a. D. Schöpfer betonte in seiner Ansprache, der Weg des Stahlhelms sei preußisches und deutsches Soldatentum, das so alt sei, wie die deutsche Geschichte. Er gedachte der Toten des Weltkriegs und derer, die im Kampf um die innere Freiheit in der Nachkriegszeit auf dem Felde der Ehre fielen. Der Stahlhelm konnte nie und wird nie parteipolitisch gebunden sein können. Der Stahlhelm arbeitet für die Freiheit unseres Volkes.

Beim Schwimmen vom Blitz getroffen.

Königsberg. In der Nähe des Würzgrabs in Königsberg blüht unmittelbar neben einem Badenden ein Blitz in den Oberleitungen. Der Getroffene ein junger Mann, ging sofort unter. Wenige Stunden später konnte man seine Leiche bergen, die durch den Blitzaufschlag blau angelaufen war. Der tödlich Verunglückte konnte als der 17jährige Tischlerlehrling Gerhard David identifiziert werden.

Kind vom Zug übersfahren und getötet.

Königsberg. Am 19. Juni wurde in der Nähe des Bahnhofs Wöhrle im auf der Strecke Königsberg-Körlichen die einjährige Tochter eines Eisenbahnarbeiters Philipp von einem Güterzug überfahren und getötet. Das Kind war in-

folge mangelnder Aufsicht von dem an der Strecke liegenden Wohnhaus auf den Bahngleisen gelangt.

Angerapp-Durchstich vor der Vollendung.

Angerapp. Die Durchsticharbeiten an der Angerapp auf dem Angerapp-Turnierplatz sind soweit fortgeschritten, daß man schon in dieser Woche mit den letzten Sprengungen an den beiden Stirnwänden rechnen kann, die an den beiden Enden des Kanals stehen geblieben sind. In das Kanalbett werden Pfähle gesetzt, um einer Versandung des Kanalbettes vorzubeugen. Auch die Uferbefestigungsarbeiten schreiten rüttig vorwärts. Wenn der Kanal fertiggestellt ist, wird das alte Angerappett ausgeschüttet. Die Fischzucht des Angerapp-Altarmes ist an drei Stellen vorgesehen. — Die Erdarbeiten auf dem Turnierplatz wurden eingestellt, weil die Geldmittel knapp wurden. Es ist zweifelhaft, ob die Arbeiten noch vor dem Herbstturnier beendet werden können.

Auto in den Uhlitz-See gestürzt.

Löben. Ein ernster Kraftwagenunfall ereignete sich Sonntag nachmittag am Ufer des Uhlitz-Sees. Unweit des steil vom Wasser abfallenden Ufers hatte ein Personenauto aus Lübeck geparkt, dessen Bremsen von dem Kraftwagenfahrer nicht angezogen worden waren. Zwei junge Mädchen hatten auf dem Bordstein des Kraftwagens Platz genommen und ein Junge machte sich den leichtsinnigen Spaß, den ungebremsten Wagen an zu schieben. Das Auto kam auf der abschüssigen Uferstrecke in Fahrt und glitt schnell dem Wasser zu. In der Verfolgung versuchten einige Mitglieder der Gutsbesitzer-Wehrschaft Löben, die Begegnung des Vorfalls zu stoppen, den Wagen zu halten. Sie vermochten ihn aber nur stark in der Schnelligkeit zu hemmen und mußten dem Unglück keinen Lauf lassen. Unter den entsetzten Schreien der beiden im Wagen sitzenden Mädchen verlor das Auto wenige Meter vor dem Ufer in einer hier schon sehr tiefen Stelle des Sees. Der Löbener Jungmann Kischke sprang geistesgegenwärtig sofort nach, tauchte und konnte in wenigen Sekunden, das eine der Mädchen aus dem Sitz befreien und an die Oberfläche bringen. Auch die andere Untergetauchte arbeitete der wackere Retter frei und brachte beide jungen Damen, die des Schwimmens unverdutzt

waren, an Land. Er hat damit schon zum zweiten Male mit Umsicht und Mut dem nassen Element Opfer entzogen.

Deutsche Professoren zu Mitgliedern der polnischen Akademie in Krakau gewählt.

Die polnische Akademie der Wissenschaften in Krakau hat eine Reihe von neuen Mitgliedern gewählt, darunter den Berliner Althistorologen Professor Eduard Norden und den Wiener Historiker Professor Alfons Döpach.

Briesen. Während des letzten Gewitters am vergangenen Sonntag schlug der Blitz in die Gebäude des Landwirts Gustav Kastner in Bawitz ein. Durch das entstandene Feuer verbrannten das Wohnhaus, die Scheune und Stall, Getreide- und landwirtschaftliche Geräte. — Gleichfalls am selben Tag schlug der Blitz bei Weronika Kwiecińska in Piwnice ein, wo die Scheune und die darin befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen durch das Feuer vernichtet wurden.

Heilsberg. Im Alter von 94 Jahren starb die älteste Einwohnerin der Stadt, Frau Barbara Marquardt.

Schiffe im Danziger Hafen. Eingelaufene Schiffe.

Am 21. Juni:

Dtsch. MS. „Mathilde“ (84) nach Kiel mit Kohlen (Bergenske). Dtsch. MS. „Herta“ (52) nach Skive mit Gericke (Ganswindt). Dän. MS. „Ouen“ (55) nach Kjøge mit Roggen (Ganswindt). Schw. MS. „Barbro“ (135) nach Hörnsons mit Holz (Bergenske). Pol. D. „Lublin“ (686) nach Hull mit Gütern (Pam.). Ital. MS. „Mauly“ (3418) nach Genua mit Kohlen (Baltra). Dtsch. D. „Margareta“ (170) nach Hamburg mit Gütern (Prowe). Dtsch. D. „Greif“ (337) nach Hamburg mit Gütern (Prowe). Dtsch. D. „Bussard“ (568) nach Antwerpen mit Holz (Pam.). Dtsch. D. „Hector“ (527) nach Bremen mit Getreide (Wolffs). Franz. D. „Caudabe“ (410) nach Rotterdam mit Gütern (Wolffs). tsD41DsgGUMM nach Rouen mit Holz und Gütern (Worms). Dtsch. D. „Quersee“ (560) nach Antwerpen mit Holz und Getreide (Bergenske).

Am 22. Juni:

Schwed. MS. „Hemland“ (1002) nach Alexandria mit Gütern (Bergenske). Finn. D. „Poseidon“ (408) nach Göteborg mit Gütern (Pam.).

Ausgelaufene Schiffe.

Am 20. Juni:

Dtsch. MS. „Margareta“ (49) von Elbing, leer (Bergenske). Dtsch. MS. „Hanna“ (80) von Riga, leer (Bergenske). Dän. D. „Monberg“ (1329) von Kopenhagen, leer (Polsko). Engl. Zerstörer „Kempfert“ (Brit. Regierung).

Dtsch. MS. „Kondor“ (47) von Elbing, leer (Balt. Lloyd). Dtsch. MS. „Käte Hamm“ (60) von Oslo mit Gütern (Atlantic). Poln. D. „Chorzev“ (489) von London mit Gütern (Pam.). Schw. MS. „Elisabeth“ (130) von Trelleborg, leer (Bergenske). Schw. D. „Anna Greta“ (191) von Göteborg, leer (Bergenske). Dtsch. MS. „Henny“ (50) von Göteborg, leer (Bergenske).

Am 22. Juni:

Dtsch. MS. „Freja“ (104) von Memel, leer (Pam.). Dtsch. MS. „Martha Wolter“ (77) von Königsberg, leer (Balt. Lloyd). Dän. D. „Elie“ von Dößel, leer (Södmann). Schiff, die in Danzig erwartet werden.

D. „Ernst Brodelmann“ (Södmann). D. „Iris“ (Behnke u. Sieg). D. „Finnland“ (Polstarkob). MS. „Maja“ (Ganswindt). MS. „Charlotte“ (Bergenske). MS. „Hilda“ (Bergenske). MS. „Maja“ (Balt. Lloyd). D. „Marion Traber“ (Polko). D. „Altholthorn“ (Poln. Mol. u. Co.). MS. „Gloria“ (Ganswindt). MS. „Franziska“ (Bergenske). MS. „Irmgard“ (Bergenske). MS. „Sonni Wilhelmine“ (Wieler u. Hardtmann). MS. „Condor“ (Balt. Lloyd).

Standesamt II (Danzig-Langfuhr).

Todesfälle: Arbeiter Franz Groß, fast 72 J. — Ehefrau Klara Göckle geb. Rautenberg, 36 J. — Ehefrau Anna Hohmann geb. Zielinski, 26 J. — Sohn des Arbeiters Johann Grabinski, totg. — Witwe Martha Kegel geb. Neuß, 77 J.

Kath. Arbeiterverein St. Brigitten

Gemeindefest

am Sonntag, den 25. Juni, nachm. von 4 Uhr an, Friedrichshain-Schödlitz. Gartenkonzert, Gesänge des Cäcilienvereins, (Dir. L. Majewski). Belustigungen für Kinder, Schießbude, Verlosung u. c. Abends: Deutsche Tänze.

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder bis 14 Jahren frei. Das Gestaltmiete.



Achtung!

Zentrumswähler!

Am Montag, dem 26. Juni 1933, abends 8 Uhr findet in der Sporthalle - Gr. Allee eine

Gr. Zentrumsversammlung

statt. Herr Senator Prälat Sawatzki wird Aufklärung geben über die Bildung der Regierung und die Pläne des neuen Senates.

Ab 7.30 Uhr Konzert. Windthorstbund ist zur Stelle.

Zentrumswähler erscheint vollzählig! Hier bekommt ihr die notwendige Aufklärung!

Die Zentrumspartei der Freien Stadt Danzig
Dir. R. Stachnik, Vorsitzender.

Dacharbeiten

führt billigst aus

Ernst Wilm, Danzig, Bischofsberg 33

Telephone 248 30

Johannistag —

Tag der Jugend!

Das preiswerte, einwandfreie und zeitgemäße Jugendbuch!

Gld. 0.25 Die billige Sammlung bester Autoren in schöner Ausstattung.

Gld. 0.35 Die Meister der besten Jugendergänzungen wie Chr. v. Schmid, Wildermuth usw. in geschmackvollem karton. Umschlag oder am Dampfer „Borussia“ von Danzig, Brabank, ab 7 Uhr morgens, ab Schöneberg 10 Uhr abends.

Hin- und Rückfahrt nur 1.— G.

Meldungen im Kath. Arbeiter-Sekretariat, Danzig, Elisabethkirchengasse 1, von 9-1 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags, oder am Dampfer „Borussia“ von 8-9 Uhr.

Fahrscheine auch im Vorverkauf.

Der kath. Arbeiterverein Schöneberg gilt sich die Ehre, alle Brudervereine zu seiner Fahnenweihe am Sonntag, den 25. Juni 1933, ergeben einzuladen.

Achtung!

Achtung!

Fahnenweihe

des kath. Arbeitervereins Schöneberg

Fahrglegenheit

mit dem Dampfer „Borussia“ von Danzig, Brabank, ab 7 Uhr morgens, ab Schöneberg 10 Uhr abends.

Hin- und Rückfahrt nur 1.— G.

Meldungen im Kath. Arbeiter-Sekretariat, Danzig, Elisabethkirchengasse 1, von 9-1 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags, oder am Dampfer „Borussia“ von 8-9 Uhr.

Fahrscheine auch im Vorverkauf.

Der kath. Arbeiterverein Schöneberg

gilt sich die Ehre, alle Brudervereine zu seiner Fahnenweihe am Sonntag, den 25. Juni 1933, ergeben einzuladen.

Festprogramm!

10 Uhr Festgottesdienst

2 Uhr Sammeln der Fahnen vor der Kirche

2 1/4 Uhr Vesper mit Predigt und Fahnenweihe. Festzug durch den Ort.

Begrüßung und Glückwünsche. Bazar im Pfarrgarten mit Konzert u. Unterhaltungen.

Abends Tanz im Hotel Groß.

Reinertrag zur Restzahlung der neuen Glocken.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Sperrplatten

jetzt billiger!

3 mm, 155/120 cm, nur 50 P.

4 mm, 155/120 cm, nur 70 P.

Tapetenleisten

Riesengroße Läger!

Überzeugen Sie sich von meiner Leistungsfähigkeit!

Marschall,

Brotbänkengasse 12

Alle Tischler-Werkzeuge

von

W. Müller

Lange Brücke 53

Tel. 213 80

Antiquitäten:

Danziger Hausfrauen!

Kauft nur unser Edelerzeugnis!

Wir überwachen und garantieren die sauberste Gewinnung.

Preis im Glase mit Gewährstreifen G 1 40

Danziger Imkerverband.

Telefon 273 70

Silber, Kristall, Porzellan, Oelgemälde, Teppiche u. Schmucksachen kauft

F. Musal, Jopengasse 57

gerichtl. vereid. Sachverständiger.

Stellen-Gesuche

Verheirat. Mann sucht

Besäftigung

gleich welcher Art.

Gefl. Angebote an

Landsh. Lsg. Scharmerstr. 22 II

Grundstücks-Markt

1. Grundstück

bis 4000 G. bei 1000 G.

Zahlung im Vorort

Danziger zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 2456 an die Geschäftsstelle dies. Stg.

Verkäufe

Ein fast neuer

blauer Anzug

Gr. 1,80, zu verkaufen.

<p

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**